Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau

Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 8,75 Zł., monatlich 3 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 2,75 Zł. Bei Postbezug vierteljährlich 9,33 Zł., monatl. 3,11 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 5 Zł., Danzig 3 Gulden. Deutschland 2,5 Reichsmark. — Einzelnummer 20 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 20 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 100 Grosch. Danzig 20 bz. 100 Dz. Pf. Deutschland 20 bzw. 100 Goldpfg., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 50 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Postscheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157

Nr. 153. Bromberg, Dienstag den 7. Juli 1925. **49. Jahrg.**

Der Moskauer Justizskandal.

(Von unserem Moskauer Mitarbeiter.)

Ell. Moskau, Anfang Juli.

Das dreifache Todesurteil des Obersten Gerichtshofes im Prozeß gegen die deutschen Studenten Dr. Kindermann, Wolscht und v. Dittmar war eine von vornherein beschlossene Sache. Daran zu zweifeln, hieße den Sinn des Moskauer Studentenprozesses verkennen. In der westeuropäischen Presse wird ausnahmslos darauf hingewiesen, daß der Zweck dieser plumpen Justizkomödie lediglich darin bestünde, Austauschgefangene für die im Leipziger Tscheka-Prozeß Verurteilten, vor allen Dingen aber für den mysteriösen Skoblewsky, in die Hand zu bekommen. Diese Annahme ist an sich durchaus richtig. Nur, daß man dabei vergißt, auf den tieferen Sinn des Prozesses hinzuweisen. Die skrupellose Wühlarbeit der Kominteragenten in der ganzen Welt sind zu einer Erscheinung geworden, die den einzelnen Regierungen nicht nur schwere Unannehmlichkeiten auf den Hals laden, sondern naturgemäß auch nicht zu einer Besserung der Beziehungen zur Sowjetunion beitragen können. Es gibt wohl in der ganzen Welt keinen einzigen Staat, der auf diesem Gebiete nicht in irgendeiner Weise mit Moskau in Konflikt geraten wäre, denn heute weiß man es längst nur zu gut, daß selbst die feierlichen Versicherungen der Regierung im Kreml, sich jeder kommunistischen Auslandspropaganda zu enthalten, nichts weiter als leeres Geschwätz sind. Die zahlreichen Protestnoten, die der Moskauer Regierung wegen der Verletzung dieses Versprechens zugegangen sind, haben an der ganzen Sache allerdings nichts geändert. Die Agenten des Kreml, ganz gleich, ob sie nun die kommunistische Idee propagieren oder auch als Beschützer der roten Sendlinge auftreten, sind nach wie vor überall emsig an der Arbeit. Es ist nun eine alte Erfahrung, daß Schuldige, wenn ihr Vergehen schon nicht mehr zu verheimlichen geht, sich wenigstens teilweise dadurch reinzuwaschen suchen, daß sie dem Gegner die gleichen Vorwürfe machen. Die Kommunisten treiben im Ausland eine emsige Propaganda, warum sollten sich da nicht einige todesmutige Faszisten finden, die im roten Rußland das Gleiche tun? Die Dokumentierung dieses Gedankenganges ist zu verlockend, als daß die Sowjetrussen ihn unbeachtet hätten lassen können.

So schritt man in Moskau, als der Ausgang des Leipziger Tscheka-Prozesses nicht mehr zu verkennen war, zur Festnahme der drei Deutschen, die auf Einladung einer russischen Universität hin eine wissenschaftliche Reise nach Rußland unternommen hatten. Im ersten Augenblick bereitete die ganze Angelegenheit den sowjetrussischen Behörden einiges Kopfzerbrechen. Man wußte nicht so recht, was man ihnen eigentlich überhaupt vorwerfen sollte. Zunächst lautete die Anklage auf Wirtschaftsspionage. Wirtschaftsspionage und gegenrevolutionäre Propaganda, das sind die einzigen Vorwände, unter denen man sich heute in der Sowjetunion mißliebiger Personen entledigt. Mit der gegenrevolutionären Propaganda wäre in diesem Falle aber doch nicht viel anzufangen gewesen und die Wirtschaftsspionage wäre sicher auch kein so zugkräftiges Vergehen gewesen, als daß es im Ausland einen lebhaften Widerhall gefunden hätte. Man nannte in der Sowjetunion sogar anfänglich eine ganze Reihe von deutschen Großfirmen, für die die jetzt Verurteilten Spionage getrieben haben sollen, aber schließlich änderte man doch die Taktik und der Staatsanwalt Krylenko sagte während der Prozeßverhandlung sogar ganz offen, daß eine Wirtschaftsspionage ausgeschlossen sei, da die Angeklagten nicht über das in Frage kommende einschlägige Wissen verfügen.

Den Nagel auf den Kopf traf die Moskauer Tschekapolizei. Man „entdeckte" in der Reiseapotheke der drei Deutschen Gifte, die zur Ermordung der höchsten sowjetrussischen Staatsmänner dienen sollten! Nun stand es für die Tscheka auch mit einem Schlage fest, daß die Angeklagten Angehörige der Organisation Consul seien. Die abenteuerlichsten Geschichten wurden ausgetüftelt, die deutsche Botschaft in Moskau mit ins Spiel gezogen, Aufträge des Berliner Polizeipräsidiums an die Angeklagten festgestellt und geheime Verhandlungen der Studenten mit Kapitän Ehrhardt und dem ehemaligen Reichskanzler Michaelis erörtert. Es bedarf keines einzigen Wortes der Widerlegung, um alle diese Phantastereien als glatten Unsinn zu brandmarken.

„Und die Geständnisse der Angeklagten?" hört man da den russischen Obersten Gerichtshof triumphieren. „Hat etwa der Deutschbalte v. Mittmar ssund der Reichsdeutsche Dr. Kindermann nicht eingestanden?" Wie diese Geständnisse zustande kamen, ist nur zu deutlich aus den Ausführungen Kindermanns zu ersehen. Nur Wolscht hatte genügend Widerstandskraft bewiesen, alle Geständniserpressungen der Tscheka abzuweisen. Die Rolle des Deutschbalten v. Dittmar, der estnischer Staatsangehöriger ist, ist in dem ganzen Moskauer Prozesse ziemlich undurchsichtig. Es wird vielfach die Behauptung aufgestellt, daß er von Anbeginn der Reise in sowjetrussischem Dienste stand, um Kindermann und Wolscht später den Strick zu drehen. Diese Möglichkeit besteht ohne Zweifel. Verfehlt aber wäre es, sie schon jetzt als eine einwandfreie Tatsache hinzustellen. Leute, die nie in politischer Untersuchungshaft waren, können sich keine klare Rechenschaft darüber ablegen, mit welchen Mitteln oft Geständnisse aus den Angeklagten herausgelockt werden. Dazu kommt noch, daß die russischen Tschekabehörden geradezu Meister in der Erpressung von Geständnissen sind. Kindermann hat unter dem suggestiven Einfluß Baumanns ja auch „gestanden". Unter wessen Einfluß die belastenden Aussagen v. Dittmars zustande gekommen sind, ist bisher nicht in die Öffentlichkeit gedrungen und wird vielleicht auch nie bekannt werden.

In dem Fall Dittmar ist aber noch eine andere Möglichkeit gegeben. Als die drei Verhafteten der Vorbereitung terroristischer Attentate angeklagt wurden, konnten sie keinen Augenblick mehr darüber im Zweifel bleiben, daß der Ausgang des Prozesses über ihr Sein oder Nichtsein entscheiden wird. Für die beiden reichsdeutschen Angeklagten war von Anfang an die Aussicht vorhanden, daß sie im Falle der Verurteilung gegen kommunistische Gefangene in Deutschland ausgetauscht werden. Anders liegen die Dinge bei Dittmar, für den die deutsche Regierung als estnischen Staatsangehörigen nichts tun kann und die estnische Regierung als Deutschbalten nichts tun wird. Es wäre sicher nicht uninteressant, zu erfahren, an Hand welcher Versprechungen die Tscheka den unter russischer Herrschaft aufgewachsenen — und daher auch leichter zu beeinflussenden — Dittmar zu der Abgabe seiner Äußerungen bewogen hat.

Die Frage der Schuldbekennung der Angeklagten kann im übrigen auch noch eine neue Wendung erfahren. Da der Urteilsspruch bekanntlich vom Obersten Gerichtshof gefällt wurde, kann von seiten der Angeklagten eine Berufung nicht mehr eingelegt werden. Der Urteilsspruch ist endgültig und kann jetzt nur noch vom Zentralen Vollzugskomitee der Sowjetunion abgeändert werden, wenn die Angeklagten innerhalb 72 Stunden nach der Einhändigung des Urteils ein Gnadengesuch einreichen. Die Form, in der solche Gnadengesuche in der Sowjetunion abgefaßt und den Verurteilten dann zur Unterzeichnung vorgelegt werden, ist in den letzten Jahren hinlänglich bekannt geworden. Sie basiert auf der rückhaltlosen Schuldbekennung der Verurteilten.

Der Oberste Gerichtshof in Moskau hat die Möglichkeit eines Austausches der deutschen Studenten gegen russische Gefangene in Deutschland mit großer Geste abgelehnt. Das geschah aber nicht etwa, weil die Moskauer Regierung wirklich so hartnäckig bei dieser Ablehnung verharren möchte, sondern, weil sie auf die Berliner Regierung einen Druck ausüben will, damit diese als erste den Vorschlag eines Gefangenenaustausches macht.

•

Protest der deutschen Regierung.

Berlin, 5. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: „Auf Grund des Urteils des Obersten Gerichtshofs in Moskau in dem Prozeß gegen die drei Studenten hat die deutsche Regierung sofort durch die Botschaft in Moskau Schritte unternehmen lassen, um die Nichtvollstreckung des Urteils sicherzustellen. Daneben ist zu erwarten, daß die Angeklagten von dem ihnen zustehenden Recht eines Gnadengesuches an das Zentralexekutivkomitee der S. S. R. Gebrauch machen werden. Außerdem wird die deutsche Regierung von der Sowjetregierung befriedigende Erklärungen darüber verlangen, daß die im Prozeß aufgestellten Behauptungen über mittelbare oder unmittelbare Mitwirkung des Legationsrats Hilger an dem den Angeklagten zur Last gelegten Vergehen unberechtigt sind. Im übrigen muß sich die Reichsregierung ihre weiteren Schritte vorbehalten, bis der von der deutschen Botschaft in Moskau eingeforderte abschließende Bericht über den Prozeß vorliegt."

*

Reichsdeutsche Pressestimmen.

Die Moskauer Todesurteile werden von den Berliner Blättern aller Parteirichtungen einstimmig aufs schärfste als politische Mache gekennzeichnet. In den meisten Auslassungen wird von der Reichsregierung gefordert, der Räteregierung keinen Zweifel darüber zu lassen, daß die Vollstreckung des Urteils die schwersten politischen Folgen nach sich ziehen würde.

Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt: Der Moskauer Justizskandal hat eine sehr ernste politische Seite, er berührt die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland in einem vitalen Punkt. Weil die deutsche Regierung sich reichlich spät endlich zu energischen Abwehrmaßnahmen gegen die Wühlereien der Bolschewisten in Deutschland entschlossen hat, hat man sich in Moskau gewaltsam und künstlich eine Art Parallelfall konstruiert. Auf der einen Seite also die von allen Kulturstaaten geübte legitime Abwehr aggressiver bolschewistischer Umsturzversuche, auf der anderen Seite ohne jede Rechtsunterlage die Konstruktion eines ähnlichen Verbrechens. So will man uns ganz offenbar ein energisches Einschreiten gegen bolschewikische Minierarbeit auf deutschem Boden nach Möglichkeit erschweren. Das Blatt hebt weiter hervor, daß die Art der Prozeßführung eine beispiellose Nichtachtung der Gefühle des deutschen Volkes bekundet habe, wie sie bei einer Regierung ausgeschlossen sein müsse, die ernstlich Wert auf die Ausgestaltung ihrer Beziehungen zu Deutschland lege. Die Räteregierung wird daran erinnert, daß sie politische Anstrengungen macht, Deutschland von der sich immer deutlicher abzeichnenden Vereinigung der Völker zum Kreuzzuge gegen Rußland unter englischer Führung abzuhalten. Ob man denn in Moskau glaube, die Vorliebe für eine Ostorientierung oder auch nur für eine unbedingte Unparteilichkeit Deutschlands durch derartig asiatische Methoden zu stärken, daß man glaube, in Rußland Deutschen das bieten zu können, was man gegen englische Staatsangehörige nicht gewagt habe. Die Zeitung schließt: „Wir erwarten, daß die Reichsregierung Rußland gegenüber keinen Zweifel darüber läßt, wie sie über diesen Prozeß und über seine unvermeidlichen Rückwirkungen auf die deutsche Gesamtstimmung gegenüber Rußland denkt."

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" betont, daß dieser Prozeß eine politische Herausforderung sei, die gerade in dieser Zeit Rußland nur schaden könne. Eine Begnadigung könne in Deutschland keineswegs als Genugtuung angesehen werden, die deutsche Regierung habe weitergehende Schritte einzuleiten.

Am schärfsten äußert sich das „Berliner Tageblatt", dessen Moskauer Berichterstatter es übrigens unter dem Eindruck des Gerichtssaales für geboten hält, die Verurteilung nicht nur als eine Komödie, sondern sehr ernst aufzufassen, indem er ausdrücklich meldet, daß die Zeit der Hinrichtung noch nicht festgesetzt sei. Die Zeitung bestreitet die Möglichkeit, das Urteil als Justizmord anzusehen, da es sich überhaupt nicht um Justiz, sondern um einen Akt verbrecherischer Politik handle: „Es handelt sich nicht nur um die beiden jugendlichen Deutschen. Das Urteil richtet sich gegen die Reichsregierung. Die Moskauer Botschaft, die Berliner Polizei, die Berliner Ministerien werden mit den Mordplänen direkt in Verbindung gebracht. Was wird die Reichsregierung tun? In einer halbamtlichen Erklärung wurde der ganze Prozeß als Justizkomödie bezeichnet. Jetzt genügen solche Erklärungen nicht mehr. Es besteht in Deutschland Einigkeit darüber, daß es unmöglich ist, mit einem Staat in diplomatischen Beziehungen zu bleiben, der sich durch ein Verbrechen selbst außerhalb des Kreises vertragsfähiger Staaten stellt. Wir erwarten, daß die Reichsregierung darüber in Moskau keinen Zweifel läßt.

Der „Vorwärts" erhebt im Interesse des verhöhnten und vergewaltigten Rechts gegen die Moskauer Bluturteile pathetischen Einspruch, der freilich bei der Todfeindschaft der Moskowiter gegen den gemäßigten Marxismus dort keinerlei Eindruck machen wird.

•

Vor dem Abbruch der Beziehungen zwischen England und Rußland?

London, 6. Juli. PAT. Der „Sunday Tims" zufolge beabsichtigt die englische Regierung, die Beziehungen zu Sowjetrußland abzubrechen. Als Grund hierfür wird die anti-englische Bewegung angesehen, die in China durch Moskau propagiert wird.

Warschauer Odyssen.

Die Eröffnung der 11. Plenarsitzung der Internationalen Union der Völkerbundfreunde.

Warschau, 5. Juli. PAT. Heute vormittag wurde im Empfangssaale der Stadtverordnetenversammlung die elfte Vollversammlung der Internationalen Union der Völkerbundfreunde feierlich eröffnet. Am Präsidialtisch hatte das Präsidium der Union mit Sir Dickens an der Spitze Platz genommen. In der Eröffnungsansprache widmete der Vorsitzende der polnischen Regierung warme Worte des Dankes für die gastliche Aufnahme und gab der Befürchtung Ausdruck, **daß aus Anlaß der vielen Feierlichkeiten und Empfänge, die das Programm der Tagung zierten, seine Kollegen, die soviel Gelegenheit zu angenehmen Zerstreuungen haben, keine Lust haben würden, sich der Arbeit zu widmen. Er werde gezwungen sein, für sie Wachs zu kaufen und ihnen damit die Ohren zu verschmieren, ähnlich wie dies Odysseus seinerzeit mit seiner Besatzung getan habe.** Hierauf erteilte er das Wort dem Minister Sokal als dem offiziellen Vertreter der polnischen Regierung für die Tagung, ferner dem Professor Dębiński als dem Präses der polnischen Delegation für die Völkerbundstagung, sowie dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Senator Baliński. Weitere Ansprachen hielten die Delegierten der Vereinigten Staaten, der Tschechoslowakei, Ungarns, der Türkei, Griechenlands, Rumäniens, Japans und Chinas. Zum Schluß schritt man zur Wahl der Kommissionen, welche die einzelnen auf der Tagesordnung stehenden Punkte für die Vollversammlung vorzubereiten haben. Diese Kommissionen, fünf an der Zahl, traten am Nachmittag im Hörsaal der Universität zusammen.

Völkerbund und Minderheiten.

Der Geheimbeschluß gegen Deutschlands Schützerrolle.

Vor kurzem mußten wir unsere Leser von einer Notiz des „Berl. Tagebl." unterrichten, in der die Befürchtung geäußert wurde, daß gewisse geheime Neuregelungen auf der letzten Tagung des Völkerbundrats bei der Behandlung von Minderheitenfragen gegen Deutschland gerichtet seien. Eine Genfer Korrespondenz eines anderen großen deutschen Blattes sucht jetzt diese Befürchtungen zu zerstreuen. Der Genfer Berichterstatter der „Köln. Ztg." ist dagegen in der bedauernswerten Lage, nicht nur die in dem Berliner Blatt geäußerten Befürchtungen zu bestätigen, sondern unbedingt sichere Angaben über den Beschluß zu machen, den der Völkerbund in geheimer Sitzung im Juni gefaßt hat und der bisher nicht veröffentlicht worden ist. Wir lassen den Bericht des Kölner Korrespondenten folgen:

Der Beschluß geht davon aus, daß die von den Minderheiten an den Völkerbundrat eingereichten Beschwerden zunächst nicht vom Rate selbst, sondern von einem besonderen Komitee geprüft werden, das der Präsident des Rates ernennt und dem er, wie noch zwei andere von ihm zu bezeichnende Ratsmitglieder angehören. Diese Anordnung stammt vom 25. Oktober 1920 und ist bisher unverändert in Kraft geblieben. Das auf diese Weise gebildete Komitee war, obgleich diese Fragen noch später in aller Eile vor den Rat gelangten, letzten Endes maßgebend für die Beschlüsse in Minderheitenfragen. In seiner Tagung vom Juni hat nun der Rat nach fünfjähriger Handhabung plötzlich folgende äußerst bedeutungsvolle Änderung beschlossen:

1. Wenn der Ratspräsident einen Staat vertritt, dessen Staatsangehörige die in Frage kommenden Minderheiten sind, 2. wenn der Ratspräsident einen Nachbarstaat eines solchen Staates vertritt, 3. wenn der Ratspräsident einen Staat vertritt, dessen Bevölkerung in der Mehrheit mit der betreffenden Minderheit rassenverwandt ist, so darf er nicht das Minderheitenkomitee bilden, sondern der frühere Ratspräsident, falls er sich nicht auch in derselben Lage befindet. Ebensowenig dürfen die beiden anderen Komiteemitglieder nicht Vertreter eines Staates sein, für den die drei Fälle zutreffen.

Mit anderen Worten, wenn Deutschland im Völkerbundrat sitzt, wird das deutsche Ratsmitglied niemals in allen das Deutschtum interessierenden Fällen dem engeren für Minderheitenfragen entscheidenden Ausschuß des Völkerbundrats angehören dürfen. Wenn das deutsche Ratsmitglied, da der Präsidentensitz der Reihe nach jedem Staat zufällt, Vorsitzender des Rats ist, wird ihm jedes mal die in der Regelung vom 25. Oktober 1920 jedem Ratspräsidenten zugebilligte Befugnis entzogen. Entgegen den Beruhigungsversuchen, auf die oben hingewiesen wurde, handelt es sich hier also durchaus um eine Maßnahme, die sich gegen Deutschland richten muß. Kurz vor dem Zeitpunkt nämlich der nächsten Tagung vom September, für den man hier mit Deutschlands Eintritt rechnet, ist dem deutschen Ratsmitglied eine der wichtigsten Wirkungsmöglichkeiten von vornherein verschlossen worden. Wenn jetzt behauptet wird, daß es sich um die offiziöse Durchführung einer bereits in der Praxis bestehenden Regel handelt, so trifft das nicht zu. Es ist möglich, daß man nach Punkt 1 das tschecho-slowakische Ratsmitglied, das einzige, das in seinem Staate Minderheiten hat, die der Kontrolle des Völkerbundes unterliegen, nicht immer in das Komitee

wählte, aber die wichtigen Bestimmungen der Neuregelung beziehen sich gar nicht auf diese Selbstverständlichkeit des Punktes1, daß der Staat, gegen den die Klage geführt wird, nicht dem Komitee angehört, sondern darauf, daß nach Punkt 2 und 3 ein Staat, der Nachbar der Klagenden ist oder ihnen durch die gemeinsame Rasse verbunden ist, von der Mitgliedschaft am Minderheitenkomitee ausgeschlossen wird. Bisher aber gehörte ein solcher Staat dem Rate überhaupt nicht an. Wenn Deutschland in den Völkerbund eintritt, wird es der einzige Staat im Rate sein, der infolge des Kriegsausgangs zahlreiche Brüder jenseit der Grenzen hat, deren Minderheitenbeschwerden vor den Rat gelangen können. Das ist ja auch gerade für viele deutsche Anhänger des Beitritts der Hauptgrund, aus dem sie unsere Mitwirkung am Völkerbunde fördern. Durch den neuen Beschluß wird Deutschland aber dem Minderheitenausschuß, an dem wir gerade das meiste Interesse haben, nie angehören, wenn Klagen unserer Brüder aus Polen, der Tschechoslowakei, Rumänien, Südslawien vorliegen. Ja, da nicht nur der Begriff „rassenverwandten Staates“, sondern auch noch Nachbarstaates aufgestellt wurde, darf das Deutsche Reich auch nicht Hoffnungen erfüllen, die andere Minderheitsvölker auf es setzen, nämlich die ungarischen Minderheiten der Tschechoslowakei, die ukrainischen Minderheiten in Polen usw. Alle Gründe, die man im Völkerbund zugunsten der Neuregelung anführen kann, werden nitchs an der Tatsache ändern können, daß dieser Beschluß in der Praxis sich gegen die deutschen und andere Minderheiten richtet und das er gerade in dem Augenblick gefaßt wurde, in dem die Hffnung dieser Minderheiten, im Rate einen deutschen Schützer zu besitzen, immer mehr an Wahrscheinlichkeit zu gewinnen schien. (Wir haben bereits wiederholt betont, daß wir auf einen „deutschen Schützer“ im Völkerbundrat mit Rücksicht auf unserer bisherigen Erfahrungen niemals große Hoffnungen gesetzt haben. D. Red.)

Kein Zollkrieg mit Deutschland?

Berlin, 5. Juli. PAT. Unter dem obigen Titel veröffentlicht ein Korrespondent der „Berliner Zeit“ den Inhalt einer Unterredung mit dem Außenminister Skrzyński. Der Minister soll folgendes gesagt haben:

„Vollkommen zu Unrecht (?) spricht man über die gegenwärtigen deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen als von einem Wirtschaftskrieg. Lediglich zum Schutz der polnischen Handelsbilanz, die seit einigen Monaten passiv ist und aus Anlaß des Verbots der polnischen Kohleneinfuhr nach Deutschland, durch das die Bilanz eine noch weitere Passivität erfahren muß, hat Polen die Verordnung erlassen, nach welcher die Einfuhr einiger deutscher Waren ohne besondere Genehmigung verboten wurde. Dieser Schritt sei jedoch nicht ein feindlicher Akt von seiten der polnischen Regierung, da die Verordnung nicht etwa technische, elektrotechnische usw. Artikel betrifft, welche die Hauptposition der deutschen Ausfuhr nach Polen bilden. Die polnische Regierung schlägt vor, daß sich die deutsche Regierung mit der Ausfuhr von 350 000 Tonnen polnischer Kohle monatlich einverstanden erkläre. was mit anderen Worten bedeutet, daß die polnische Regierung eine Eintrittskarte für den deutschen Kohlenmarkt zu erlangen wünsche. Die polnische Regierung wünsche weiter die Ausfuhr von Fleisch, Rindvieh und Schweinen nach Deutschland und dafür wäre Polen bereit, Deutschland die Meistbegünstigungsklausel zuzuerkennen. Die hätte für Deutschland eine weitgehende wirtschaftliche Bedeutung, wenn man bedenkt, daß Deutschland in diesem Falle derselben großen Vorteile teilhaftig würde, die Polen in den Handelsverträgen mit Frankreich und der Tschechoslowakei garantiert hat. Auf dieser Grundlage werden die deutsch-polnischen Verhandlungen auch weiterhin geführt. Ich erfahre soeben, daß die deutsche Regierung die Absicht habe, weitgehende Repressalien in Anwendung zu bringen. (Dies ist bereits geschehen. D. Red.) Es versteht sich von selbst, daß eine Verordnung dieser Art die Verhandlungen erschweren würde, die im beiderseitigen Interesse liegen. Eine Verständigung wird nicht schwer sein, wenn sich die deutsche Regierung unserem Standpunkt in der Kohlenfrage nähert, und wenn die deutsche Delegation denselben Verständigungswillen an den Tag legt, wie ihn Polen hat.“

Der Vertreter der „Berliner Zeit“ bemerkte, daß die Spannung der deutsch-polnischen Beziehungen einen unangenehmen Eindruck in Amerika machen würde, und der Minister erklärte darauf, daß die Verhandlungen in Berlin auch weiterhin geführt werden. Er hoffe, daß der Abschluß eines provisorischen Abkommens wahrscheinlich zustande kommen werde. Von einem Abbruch der Verhandlungen könne keine Rede sein, und es läge im Interesse beider Staaten, zu einer Verständigung zu gelangen. Der Korrespondent hatte den Eindruck, daß Minister Skrzyński und der polnische Gesandte in Berlin ihren Einfluß dahin geltend machen wollten, den Wirtschaftskrieg zu vermeiden.

Im Wirtschaftskonflikt mit der ganzen Welt

Warschau, 4. Juli. Aus gut unterrichteten Kreisen erfährt die Lodzer „Freie Presse“, daß die Verfügung vom 17. Juni über das Einfuhrverbot für deutsche Waren durch ihre ungeschickte Stilisierung unabsehbare Verwickelungen in den internationalen Beziehungen Polens angerichtet und den **gesamten polnischen Außenhandel zum Stocken** gebracht hat. Die Verfügung macht nämlich die Einfuhr ausländischer Waren nach Polen von einem Begleitschreiben über die Herkunft der betreffenden Waren abhängig, das von dem polnischen Konsul in der betreffenden Stadt, wo die Waren hergestellt wurden, ausgestellt sein muß. Bisher waren solche Begleitschreiben nur erforderlich, wenn die Exporteure Zollvergünstigungen erlangen wollten. Die genannte Verordnung aber erstreckt den Zwang der Vorlegung **von** Begleitschreiben auf alle Waren überhaupt, ohne Rücksicht darauf, ob Zollermäßigungen beansprucht werden oder nicht.

Wie bekannt, ist Wien ein bedeutender Kreuzungspunkt für den Außenhandel. Und in den letzten Tagen hat sich hier eine ungeheure Menge von Waren aus Amerika, Frankreich, Italien, England usw. angesammelt, die alle für Polen bestimmt sind, die aber nicht weiter versandt werden können, da der polnische Konsul in Wien nicht das Recht hat, Begleitschreiben auszustellen. Auf diese Weise ist der gesamte Auslandhandel unterbunden worden und die Exporteure haben ungeheure Verluste. In Triest wieder hat sich eine große Menge von Kaffee für Polen angesammelt. Dieser Kaffee kann nicht seinen Bestimmungsort erreichen, da es unmöglich ist, Begleitschreiben aus Brasilien oder Senegambien zu erlangen, wo vielleicht überhaupt kein polnischer Konsul ist.

Das Bestreben, Deutschland zu treffen, hat dank der ungeschickten Stilisierung der Verfügung einen **Wirtschaftskonflikt mit der ganzen Welt hervorgerufen.** Wie verlautet, bereiten die fremden Mächte eine ernste **diplomatische Intervention in Warschau vor.**

Der polnisch-jüdische Pakt.

Die jüdische Delegation bei Grabski.

Warschau, 4. Juli. PAT. Heute wurde vom Ministerpräsidenten eine Delegation des jüdischen Klubs, bestehend aus den Abgeordneten und Senatoren Reich, Truskier, Thon, Schreiber, Farbstein, Hirschbaum und Reiser empfangen. Im Namen der Abordnung gab der Vorsitzende des jüdischen Klubs, Dr. Reich, eine Erklärung ab, in der er feststellte, daß der jüdische Klub, unerschütterlich auf dem Boden der Unantastbarkeit der Grenzen Polens, der Interessen der Großmachtpolitik Polens und der Notwendigkeit der inneren Konsolidierung stehend, seine Allgemeinpolitik auf parlamentarischem Gebiete sowie seine Politik zum Schutze der Rechte und Interessen des Judentums nach diesen Grundsätzen führen werde. Der Ministerpräsident erwiderte darauf, daß er diese Erklärung mit großer Befriedigung zur Kenntnis nehme. Er versicherte den Abgeordneten, daß die Regierung **auch ihrerseits** den Bedürfnissen der jüdischen Bevölkerung auf schulpolitischem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete mehr Aufmerksamkeit schenken werde. An diesen Wortwechsel knüpfte sich eine längere Aussprache des Ministerpräsidenten mit den Delegierten an, worauf die jüdische Delegation das Ministerpalais verließ.

*

Nach einer weiteren Meldung soll der Ministerpräsident auf die jüdische Erklärung betont haben, daß er diese mit voller Befriedigung entgegennehme, besonders den Abschnitt über die Großmachtstellung des polnischen Staates und seine innere Konsolidierung. Die Regierung werde ihrerseits den Bedürfnissen der jüdischen Bevölkerung in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht Rechnung tragen. Weiter sagte Grabski, daß die jüdische Frage an und für sich und im besonderen die Normierung des Verhältnisses zwischen der polnischen und der jüdischen Gemeinschaft außerordentlich kompliziert sei, und er es daher begrüße, daß beide Seiten den ersten Schritt getan hätten, der, wie der Ministerpräsident hofft, den Beginn einer neuen Ära bedeuten dürfte. Zum Schluß kündigte der Ministerpräsident an, daß die Regierung in allernächster Zeit eine Reihe von Verordnungen erlassen wird, die den ersten Schritt zur Befriedigung der Bedürfnisse der jüdischen Bevölkerung auf kulturellem und politischem Gebiet bilden sollen.

Die Ukrainer gegen den Pakt.

Warschau, 4. Juli. Der zwischen Juden und der Regierung abgeschlossene Pakt hat in hiesigen ukrainischen Kreisen einen überaus peinlichen Eindruck erweckt. Der ukrainische Klub hat eine Entschließung angenommen, in der festgelegt wird, daß er immer den Verhandlungen zwischen der Regierung und den Juden mit größter Reserve gegenübergestanden habe, da er sicher gewesen sei, daß die selbständige Politik des jüdischen Klubs niemals in der Richtung einer Unterdrückung der territorialen Autonomiebestrebungen der übrigen Minderheiten gehen werde. Durch seine Versicherung jedoch, daß er auf den Boden der Unantastbarkeit der gegenwärtigen Grenzen und der Großmachtpolitik Polens stehen werde, die dem ukrainischen Volke gegenüber immer eine Verdächtigungspolitik gewesen sei, sei der jüdische Klub über die Verteidigung der völkischen Interessen des Judentums hinausgegangen und habe dem ukrainischen Volke gegenüber, das in seinen Landen die Mehrheit bilde, eine feindliche Haltung eingenommen, die die Lebensinteressen der Ukrainer treffe. Der ukrainische Klub stelle mit Bitterkeit diese Tatsache fest und werde ihr gemäß zum jüdischen Klub Stellung nehmen.

Grabski beruhigt weiter.

Warschau, 3. Juli. Ministerpräsident Grabski hielt in der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Senats eine kurze Rede, in welcher er u. a. erkärte, daß trotz der Notwendigkeit, für das wirtschaftliche Leben Polens größere Summen in Umlauf zu bringen, eine weitere Emission von Hartgeld ausgeschlossen sei. Die Regierung hätte die weiteren Lieferungsaufträge für die nächsten beiden Monate zurückgezogen, weil sie eine neue Notenemission vermeiden will. Die wirtschaftliche Lage Polens bessere sich zusehends. Die letzte Dekade der „Bank Polski“ schließt mit einem gewissen Devisenplus und weist einen Stillstand des Banknotenabflusses auf. Dazu erhält Polen am 15. Juli eine kurzbefristete, für die Landwirtschaft bestimmte Anleihe in Höhe von 1 Million Pfund Sterling, was eine bedeutende Besserung der wirtschaftlichen Lage nach sich ziehen dürfte. Die Zolleinnahmen haben sich nicht verringert.

Ministerpräsident Grabski besprach im weiteren Verlauf seiner Rede die Rettungsaktion für die Opfer der Hochwasserkatastrophe in Kleinpolen.

Verschleppungstaktik.

Interpellation

des Abgeordneten Gräbe und Gen. von der Deutschen Vereinigung im Sejm und anderer Abgeordneter an den Herrn Ministerpräsidenten und Minister des Innern wegen Nichtdurchführung der Wiener Konvention.

Zu wiederholtem Male hatten wir Veranlassung, uns durch schriftliche Anträge und Interpellationen an die Regierung zu wenden, weil die Wiener Konvention nicht beachtet wurde. Aus den uns zuteil gewordenen Antworten sowohl wie auch aus der Anordnung der Regierung bezüglich Einrichtung von gemischten Kommissionen für Staatsangehörigkeitsfragen bei den Wojewodschaften glaubten wir annehmen zu können, daß nunmehr endlich der Wille für eine glatte Durchführung vorhanden wäre und diesem Willen auch die Tat folgen würde.

Mit Befremden müssen wir jedoch feststellen, daß alles beim Alten geblieben ist, daß die Wiener Konvention systematisch sabotiert wird, und daß weder Regierung noch die nachgeordneten Organe irgendwie gewillt sind, die übernommenen Verpflichtungen durchzuführen.

Die Lage stellt sich so dar, daß

1. das Oberste Verwaltungstribunal, bei dem eine Fülle von Staatsangehörigkeitsklagen schweben, Termine in diesen Fällen nicht ansetzt, weil nach seiner Ansicht durch die Wiener Konvention die ganze Angelegenheit eine ganz neue Grundlage bekommen hat und die Verwaltungsbehörden neu entscheiden müssen,
2. der Wojewode von Posen nach Zeitungsberichten zwar Mitglieder für die gemischte Kommission namhaft gemacht hat, die Kommission aber bis heute nicht einberufen hat, so daß deren Arbeit überhaupt noch nicht beginnen konnte, und seinerseits aber eine Entscheidung auch in völlig klaren Fällen ohne Mitwirkung der Kommission ablehnt,
3. der Wojewode von Pommerellen für seinen Bereich die Anordnung der Regierung bisher völlig ignoriert hat und gar nichts tat,
4. im Ministerium des Innern auf Vorstellungen der Abgeordneten über diese unhaltbaren Zustände nur leere Ausflüchte gemacht werden, positive Hilfe aber nicht gewährt wird.

Das ist, mit dürren Worten gesagt, die Lage, wobei festzustellen ist, daß der Wiener Vertrag am 30. August 1924 unterzeichnet, am 31. 1. 25 ratifiziert, am 6. 5. 25 veröffentlicht und inzwischen noch vom Völkerbund bestätigt worden ist.

Inzwischen wird lustig weiter liquidiert, mästen sich Zwangsverwalter auf den Besitzungen der polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität, werden keine Ausweise und Pässe erteilt, die Betroffenen um Vermögen und Kredit gebracht und ihrer staatsbürgerlichen Rechte beraubt, besonders auch bei den bevorstehenden Kommunalwahlen.

Daß es sich nicht um leere Behauptungen handelt, sondern eine Fülle von begründeten Beschwerden vorliegen, mögen nachstehende Fälle, die wir wahllos herausgreifen, beweisen:

a) Am 6. 5. richteten wir an den Herrn Finanzminister eine Interpellation betr. die Stellungnahme des Liquidationskomitees in Posen zur Wiener Konvention und zur Verfügung des deutsch-polnischen Schiedsgerichts und erwähnten hierbei den Fall des Herrn von Ulmenstein in Czarnikau, der nach der Wiener Konvention unzweifelhaft polnischer Staatsbürger ist, trotzdem aber sein Haus in Czarnikau durch Liquidation verlieren sollte. — Einer Antwort sind wir bisher nicht gewürdigt worden, dafür erhielt von Ulmenstein am 15. Juni vom Gerichtsvollzieher die Mitteilung, daß er bis zum 19. 6. abends sein Haus geräumt haben müsse, widrigenfalls seine Möbel auf die Straße gesetzt würden. Als Wohnung wurde ihm der Laszewskische Saal zugewiesen. Dieser Saal war früher Kino, dient jetzt, soweit es nicht durchregnet, als Magazin für einen Tischler, mit dem er und seine Familie den Saal zu teilen hatten.

Am 20. ist darauf der sogenannte Zwangsverwalter in die Wohnung des Ulmenstein eingezogen.

b) Die am 14. 3. 1883 in Wielki Gnor, Kr. Mewe, geborene Frau Agnes Ach geb. Nau kämpft seit 2½ Jahren vergeblich um ihre Staatsangehörigkeit.

c) Der Abgeordnete Naumann, der sowohl durch Geburt wie Wohnsitz Anspruch auf das polnische Staatsbürgerrecht ganz unzweifelhaft hat und sogar als Abgeordneter tätig ist, erhält dieses nicht bestätigt; seiner Gattin wurde erst kürzlich wieder ein Ausweis für Staatenlose ausgestellt.

d) Herr Otto Hinz aus Briesen bemüht sich seit 1923 um die Anerkennung des polnischen Staatsbürgerrechts. Der Starost lehnte eine neue Entscheidung auf Grund der Wiener Konvention mit der Begründung ab, daß der Innenminister erst die Beschwerde aus dem Jahre 1923 entscheiden müsse, was aber bisher nicht zu erreichen war.

e) Der Rittergutsbesitzer v. Schenck-Kawenczyn kann eine Entscheidung über sein Staatsbürgerrecht nicht erreichen, weil die Kommission in Posen noch nicht arbeitet, dafür hat er die Freude, seit Jahr und Tag zwei Zwangsverwalter auf seinem Gut zu ernähren und zu sehen, wie sein Besitz heruntergewirtschaftet und ausgenutzt wird.

f) Der Gutsbesitzer Dlugos-Sarnowo wurde von seinem Gute heruntergesetzt, sein Wald wurde devastiert und er darf in Rawicz warten, bis es einer hohen Behörde gefällt, sein unzweifelhafets Staatsbürgerrecht zu bestätigen.

g) Der Rittergutsbesitzer Röhrig in Moszczyn, Kr. Dirschau, unzweifelhafter Wohnsitzpole, kann eine Entscheidung nicht erreichen. Wir verweisen auf die Fälle Versen aus Zawada bei Poniec, Hugo Blum-Mewe, Frude-Tryl, Kr. Schwetz, und viele andere, welche der Erledigung harren, besonders auf jene ca. 4000 Ansiedler, welche von ihrer heimatlichen Scholle vertrieben, seit Jahresfrist auf die vom Völkerbund zugebilligte Entschädigung vergeblich warten, weil die Anerkennung ihrer Staatsangehörigkeit an der Lässigkeit und Unlust der Starosten scheitert und die Anträge unbeantwortet bleiben.

Welch unermeßlicher und unersetzlicher Schaden durch diese Verschleppungspraxis überall angerichtet wird, läßt sich gar nicht ausdrücken. Dieser Zustand ist aber auf die Dauer untragbar und muß Klarheit darüber geschaffen werden, ob die Wiener Konvention seitens der Regierung überhaupt noch in Berechnung gezogen wird.

Wir fragen daher die Regierung, insbesondere den Herrn Ministerpräsidenten und Innenminister an:

1. Erkennt die Regierung die Wiener Konvention als noch zu Recht bestehend an? Falls ja
2. beabsichtigt sie die Konvention wirklich durchzuführen und bis wann?
3. Welche Maßnahmen wird sie treffen, um die Durchführung sicherzustellen?
4. Wie rechtfertigt sie die aufgeführten Einzelfälle und was gedenkt sie zur Wiedergutmachung zu tun?

Warschau, den 3. Juli 1925.

Die Interpellanten.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 6. Juli.

Die landwirtschaftlichen Tarifkontrakte.

Wie schon gemeldet, sind die in Posen kürzlich geführten Verhandlungen über eine Erhöhung der Löhne für Landarbeiter ohne Ergebnis verlaufen. Die Arbeitgeber standen auf der Grundlage des durch das Schiedsgericht normierten Vertrages. Um jedoch zu einem friedlichen Abschluß zu kommen, waren die Arbeitgeber unter Berücksichtigung der schwierigen Wirtschaftslage des ganzen Landes bereit, zu gewissen einmaligen Zulagen, im Falle einer gewissenhaften und intensiven Arbeitsausführung und einer ruhigen ununterbrochenen Bergung der Ernte im Jahre 1925/26 durch die Arbeiter. Diese Anerbieten, die von den Forderungen der Vertreter der Arbeitnehmer um 600 Prozent übertroffen wurden, lehnten letztere als unzureichend ab. Die Verhandlungen wurden daher, wie bereits mitgeteilt, am 2. Juli abends als ergebnislos abgebrochen.

---

* **Gostyn, 4. Juli.** In Ciolkowo hiesigen Kreises ereignete sich dieser Tage ein Unglücksfall dadurch, daß der Kutscher eines Gefährts von dem an einen Stein anstoßenden Wagen abstürzte. Die Räder gingen ihm über Brust und Leib. Der Schwerverletzte wurde nach dem Krankenhause gebracht, wo er infolge der Verletzungen starb. — Bei dem Landwirt Langner in Sandberg scheute ein Pferd und rannte nach dem Marktplatz. Hierbei warf das Tier einen auf der Straße spielenden sechsjährigen Knaben um, der so schwere Verletzungen davontrug, daß er am folgenden Tage ihnen erlag.

* **Mogilno, 3. Juli.** Auf der Ausstellung in Graudenz hat Herr Rittergutspächter v. Colbe, Dąbrowka, Kreis Mogilno, der dem Thorner Schäfereiverband angehört, 12 Zuchtböcke und Mutterschafe ausgestellt. Diese Exemplare wurden mit 2 großen goldenen Medaillen ausgezeichnet. Die Schafzucht des Herrn v. Colbe ist bereits mehrfach prämiert worden, zuletzt im Jahre 1923 in Posen mit der großen goldenen Medaille.

---

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 153.

Bromberg, Dienstag den 7. Juli 1925.

Pommerellen.

6. Juli.

Graudenz (Grudziądz).

d. **Marinewoche.** Am Sonntag begann hier die Marinewoche. Sie wurde am Sonnabend durch einen Zapfenstreich eingeleitet. Mit Sammelbüchsen werden freiwillige Beiträge eingesammelt. Im Laufe der Woche findet auch ein pädagogischer Kongreß statt, zu dem auch der Kultusminister erwartet wird. *

□ **Der Sonnabend-Wochenmarkt** war gut beschickt. Es wurden folgende Preise gezahlt: Butter 1,20, Eier 1,50, alte Kartoffeln 6—8, neue Kartoffeln 10, Zwiebeln 10, Mohrrüben 10, Kohlrabi 20, rote Rüben 10, Radies 10, Rettich 15 proBund, Erbsschoten 30—50, Rhabarber 20 pro Pfund, Blumenkohl 50—1,50, Gurken 50—1,00, Weißkohl 1,50, Wirsing 1 pro Stück, Tomaten 3—3,50 pro Pfd., Kirschen 40 bis 90 je nach Sorte und Qualität, Stachelbeeren 50, Gartenerdbeeren 90—1, Himbeeren 80, Johannisbeeren 35—40, Blaubeeren 25—30, Pilze (Rehfüßchen) 60 pro Liter, Topfpflanzen und Schnittblumen wurden zu den üblichen Preisen angeboten. Der Fischmarkt war gut beschickt. Das Herannahen des stark verspäteten Johannihochwassers macht sich bemerkbar. Die Zufuhr wird reicher. Die Preise gehen daher herunter. Es wurden folgende Preise bezahlt: Hechte 1,30, Aale 1,50—1,20, Schleie 1,20, Barsche, Bressen 50—80, Plötze 25—50, Maränen 60, Karauschen 1, Krebse 30 pro Mandel. Geflügel war ausreichend vorhanden. Man zahlte für junge Enten lebend 1, lebende Puthähne 10, Hennen 6, junge Hühner 3—5 pro Paar, junge Tauben 1,50 pro Paar. Der Fleischmarkt hält mit der Preissteigerung an. Es kostete: Schweinefleisch 1,20, Rindfleisch 70, Kalbfleisch 70—80, Hammelfleisch 70, Speck 1,10, Schmalz 2, Talg 1. *

□ **Der Vieh- und Pferdemarkt** am letzten Freitag war nicht von großer Bedeutung. Da erst vor acht Tagen ein Markt stattgefunden hatte, ein Remontemarkt, eine Stutbuchauktion veranstaltet worden war, auch die Ausstellung noch andauert, mußte mit einer geringeren Beschickung gerechnet werden. Wegen der Geldknappheit kauft zudem nur, wer dringend dazu gezwungen ist. Es wurden daher auch in der Hauptsache Gebrauchspferde gehandelt. Mit 300—400 zł kaufte man bereits brauchbare Arbeitstiere. Ältere Tiere waren entsprechend billiger. Der Umsatz an Rindvieh war auch nicht bedeutend. Man kaufte Kühe mit 200 zł und darunter. — Der Sonnabend-Schweinemarkt war sehr gut beschickt. Die Preise für Ferkel sind stark in die Höhe gegangen. Beste Absatzferkel wurden mit 40 zł pro Paar verkauft. Das Geschäft verlief aber schleppend. Die leidige Geldknappheit beeinflußt das Geschäft recht unangenehm. Läufer wurden weniger angeboten. Mastfähige Schweine waren nur in wenigen Stück vorhanden. Die Preise für Fettschweine sind ziemlich hoch, da bei der Getreideknappheit wenige Tiere zur Mast aufgestellt werden können. *

* **Ein größeres Schadenfeuer** entstand am Freitag in Wielkie Lniska (Groß Ellernitz). Es brannte der Schweinestall. Mittels Personenautos begaben sich der Kommandant und das Kommando der hiesigen Wehr zur Brandstätte. Die Feuerspritze rückte auch sofort ab. Mittels der Spritze wurde das Feuer lokalisiert. Die Schweine waren von dem Gutsinspektor Cichy, bevor die Feuerwehr eintraf, aus dem Stalle gerettet worden. Auch die beiden Autospritzen von der Ausstellung mit dem Oberbrandmeister waren zur Stelle, aber nicht mehr nötig, da die Wehr schon den Brand lokalisiert hatte. Der Schaden ist erheblich, weil das Dach des großen Stalles zerstört ist. Die Ursache war jedenfalls Kurzschluß der elektrischen Leitung. *

A. **Das Weichselwasser steigt nun schneller.** Es sind bereits sämtliche Sandbänke überflutet. *

*

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

Das neueste Heft von „Neue Noten“, das die **Buchhandlung Arnold Kriedte, Graudenz,** soeben versandt hat, bringt zwei Artikel über Händel, mehrere andere musikalische Berichte, Musik-Proben aus neueren Stücken und Anzeigen über wichtige Neu-Erscheinungen. Das Heft wird wiederum allen Musikern und Musikfreunden Freude bereiten. (8285 *

Thorn (Toruń).

—dt. **Verpachtung.** Am 9. Juli verpachtet der Magistrat das Schankhaus III an der Weichsel, in der Nähe des Stadtbahnhofes. (Nähere Auskunft im Rathaus, Zimmer 29.) **

*

r. **Ausklang der deutschen Lehrertagung.** Am Mittwoch unternahmen ca. 200 Teilnehmer des hier veranstalteten Deutschen Lehrertages einen Ausflug nach Danzig. Wegen des damals noch sehr niedrigen Wasserstandes konnte die geplante Dampferfahrt allerdings nicht stattfinden; man fuhr mit der Eisenbahn. Auf dem Bahnhof in Danzig wurden die Reisenden schon von Vertretern des Danziger Lehrervereins empfangen. Im Volkshause in der Heiligen Geiststraße fand dann abends eine Begrüßung durch die Mitglieder des Lehrervereins statt. Die alte bekannte Verlagsbuchhandlung von Kafemann, die sich in den letzten Jahrzehnten immer mehr zu einem richtigen Heimatsverlag ausgestaltete, hatte jedem Gaste ein Päckchen mit dem Danziger Taschenbuch, dem „Peter von Danzig“, sowie einigen anderen Broschüren des eigenen Verlags überreicht. Eine kleine Ausstellung der Verlagswerke und anderer Lehrmittel war gleichfalls vorhanden. Der Vorsitzende des Landesvereins der Lehrer der Freien Stadt Danzig begrüßte die Erschienenen. Gemeinsame Gesänge und Vorträge des Danziger Lehrergesangvereins, sowie Deklamationen des Danziger Heimatsdichters Müller und des Vereinsdichters Adolf Pätsch füllten den genußreichen Abend. Ein Teil der Lehrerschaft aus Nord und Süd blieb dann noch nach Schluß des offiziellen Empfangsabends im Vereinslokal des Lehrergesangvereins bei Lied und Wort mehrere Stunden beisammen. Am Donnerstag wurden unter Führung des Lehrervereins Danzig die hauptsächlichsten Sehenswürdigkeiten der Stadt besichtigt. Nachmittags ging es nach Oliva hinaus. Besonders interessant war dort den Besuchern das Spiel der großen Orgel, die ebenso wie das ganze Klosterbauwerk von Mönchen erbaut sein soll. 7500 Pfeifen und 100 Register geben dem Werk eine mächtige Tonfülle. Als dann zum Schluß „Herr Gott, dich loben wir“ angestimmt wurde und die Trompeten der Engelfiguren und die Schellen in Bewegung gesetzt wurden, erfüllte ein mächtiges Brausen die weiten Räume. Dann ging es nach Zoppot, und die Bewohner des Binnenlandes, aus Oberschlesien, Bielitz, Galizien und Lodz, bekamen so einen Vorgeschmack von dem Charakter der Ostsee. Am Freitag nahm der Dampfer „Paul Benecke“ den größten Teil der Reisegesellschaft auf und es ging nach Hela. Am Sonnabend traten dann die meisten Reiseteilnehmer die Rückfahrt nach der Heimat an. Nur eine kleine Anzahl rüstiger Wanderer unternahm noch einen Ausflug nach **Karthaus in die „Kassubische Schweiz“. Besonders die Süd**länder wollten noch Gelegenheit nehmen, diese so oft genannten kassubischen Wälder und Seen kennenzulernen. So bot dieser Abschluß der Lehrertagung noch eine Fülle anregender Eindrücke. **

* **Die Hochwassergefahr.** Der Stadtpräsident von Thorn erläßt folgende Bekanntmachung: Den eingegangenen Meldungen zufolge, droht dem Niederungsgebiet eine Überschwemmung. Hochwasser wird in Thorn voraussichtlich am 7. oder 8. Juli eintreten, und zwar bis zu einer Höhe von fünf Metern, so daß die zwischen den Deichen befindlichen Landstriche mit einer etwa 1,50 Meter hohen Wasserschicht bedeckt sein werden. Zur Verhütung von Schäden werden die interessierten Personen aufgefordert, so bald wie möglich ihre Geräte, das Heu usw. von dem bedrohten Gebiet zu entfernen. In Fällen, in denen ernstere Gefahr droht, ist sofort die nächste Polizeistation zu benachrichtigen. * *

—* **Ein Mangel im Güterverkehr.** Von seiten der Kaufmannschaft wird Klage darüber geführt, daß die Eisenbahndirektionen im ehemals russischen Teil die Eisenbahnstation Toruń—Nadbrzeże (Thorn—Weichseluferbahn) nicht im Stationsverzeichnis führen, und Waggonsendungen nach obigem Bahnhof nicht annehmen, so daß der betreffende Empfänger den Waggon nach dem Hauptbahnhof bestellen muß, und ihn von hier aus erst zum Weichselufer befördern lassen kann. Dadurch entsteht der Kaufmannschaft eine unnötige Geldausgabe und Zeitverlust. Der Güterbahnhof Thorn—Weichselufer wurde bekanntlich zur Bequemlichkeit der Kaufmannschaft zu deutscher Zeit angelegt, und es wäre sehr erwünscht, daß maßgebende Stellen im Eisenbahndirktionsbezirk Danzig für eine Aufnahme dieser Haltestelle in das Stationsverzeichnis für ganz Polen sorgen. * *

—* **Die Autodroschke** Nr. 7 fuhr mit drei Insassen auf der Culmer Chaussee auf einen Chausseebaum, wobei der Chauffeur erhebliche Verletzungen erlitt. Die Insassen kamen mit dem Schreck davon. * *

‡ **Ein schwerer Unglücksfall** ereignete sich am frühen Nachmittag des Sonnabend auf dem Rummelplatz, der sich neben dem ehemaligen Dillschen Gasthaus auf der Basarkämpe befindet. Hier steht eine Rutschbahn, die aus einem Drahtseil besteht, auf dem ein Handgriff läuft. Die „Passagiere“ halten sich hieran fest und rutschen am Seil abwärts. Nun hatte sich ein junger Mann im Übermut an einen gerade Abfahrenden angehängt, konnte sich aber nicht halten und stürzte zur Erde ab, wo er mit gebrochenen Beinen liegen blieb. Die alarmierte Rettungswache schickte das Krankenauto an den Fährdampfer und holte den Schwerverletzten auf einer Bahre hinüber, um ihn ins Krankenhaus abzuliefern. * *

—* **Die Leiche** des bei dem Bootsunglück ertrunkenen Polizeikommissars Alfons Mayer wurde durch das Personal des Fährdampfers „Viktoria“ geborgen; die andere Leiche (Kommissar Cellary) konnte noch nicht gefunden werden. * *

---

u. **Aus dem Kreise Culm,** 4. Juli. Neuerdings wird von Graudenz aus eine Autobuslinie nach Culm unterhalten. Der Fahrpreis von Graudenz nach Culm beträgt 3,5 Złoty, Teilstrecken sind entsprechend billiger. — Bedeutendes Hochwasser ist angesagt. Die Besitzer von Außendeichländereien sind bemüht, noch schnell das trockene Heu zu bergen. Als Vorläufer des Hochwassers sind bereits die kleinen Aale eingetroffen. Von den Fischern werden sie in größeren Mengen gefangen und zu den Wochenmärkten gebracht.

* **Dirschau** (Tczew), 4. Juli. Eine Belohnung von 500 Złoty erhielt der Hilfsmaschinist Franz Winter, hier, für die gewissenhafte Ausübung seines Amtes und die bewiesene Geistesgegenwart bei dem Stargarder Eisenbahnunglück in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai. — In einer der letzten Nächte drangen Diebe nach Eindrücken einer Fensterscheibe in die Postagentur in Rukoschin ein und stahlen ca. 400 zł Bargeld.

h. **Górzno** (Kr. Strasburg), 3. Juli. Der Schuhmacher Lewandowski von hier hat sein an der Langenstraße (ulica Długa) gelegenes Hausgrundstück an den Barbier Lampart verkauft. — In den letzten Tagen ist hier der Roggenpreis wieder in die Höhe gegangen und hat wiederum seinen bisher höchsten Stand, nämlich 17 zł pro Zentner, erreicht. Der Kartoffelpreis ist von 3 auf 3,50 zł gestiegen.

* **Konitz** (Chojnice), 4. Juli. Folgenden Stoßseufzer bringt das heutige „Kon. Tagebl.“: „In der Spichrzowa wird zurzeit am Ausgang der Neustadt ein alter Speicher abgebrochen, der sicher nicht zur Hebung des Stadtbildes beigetragen hat. Altes, morsches Fachwerk ragt noch haltsuchend in den Staub des Bauschutts, der die ganze Gegend wie mit einem Schleier bedeckt. Der letzte Regen hat hier viel Gutes gestiftet, nicht aber für die Speicherratten, die jetzt ohne Dach überm Kopfe ihre nächtliche Wohnungssuche begonnen haben sollen. Für diese Mieter wird sich jede Hausfrau bedanken. In unserer Stadt könnte noch mancher Rumpelkasten verschwinden, wenn die schlechten Zeiten nicht jedem Neubau einen Riegel vorschieben würden.“

\# **Neuenburg** (Nowe), 5. Juli. Einen wohlgelungenen Ausflug nach Terespol (Bahnstrecke Bromberg—Dirschau) unternahm der hiesige evangelische Frauen- und Jungfrauenverein in vergangener Woche, zur Beteiligung an dem Sommerausflug des Jugendbundes des Kreises Schwetz. Es begaben sich unter Leitung des hiesigen Pfarrers Galow ungefähr 90 Personen von hier nach Terespol, wo sich auf dem dortigen großen Sportplatze bald viel Leben entwickelte. Es wurden insbesondere Ansprachen an die insgesamt ungefähr 800 Erschienenen seitens mehrerer Geistlichen aus Warlubien, Schirotzken und Osche gehalten, ferner gab es einen Reigen des Marienburger Jugendbundes, Posaunenchorvorträge sowie mehrere zweistimmige Chöre. Die ganze Veranstaltung wurde von schönstem Wetter begünstigt. — Der Sonnabend-Wochenmarkt war lebhaft bei schönem Wetter. Es kostete die sehr reichlich vorhandene Butter 1,70, um auf 1,30 nachzugeben (Molkerei 1,80). Eier wurden mit 1,70 verkauft. Für alte gelbe Industriekartoffeln wurden 6—7 der Zentner, für frische 20 gr (Pfund) verlangt. Junge Hühner waren für 1,50—1,70, alte für 3—4 das Stück zu haben. Ferner kosteten: Schoten 20 bis 30, Mohrrüben 20—25, Kohlrabi 30, Zwiebeln 15. Viel Waldfrüchte wurden angeboten: Pilze 60 (Maß), Blaubeeren 20, Erdbeeren 50—60. Von Fischen kosteten Schleie 1,20, Hechte 1.

*

Aus Kongreßpolen und Galizien.

♂ **Warschau,** 5. Juli. Der Stand der Weichsel in Warschau betrug gestern nachmittag 3 Uhr 4,10 Meter über normal, bis um 7 Uhr abends stieg das Wasser auf 4,22 m; um Mitternacht stand es auf 4,33 m. Im Laufe des heutigen Tages stieg die Weichsel bis auf 5 Meter über normal. Damit dürfte der Höhepunkt erreicht worden sein. Von 5 Uhr abends an erwartet man ein langsames Sinken des Wassers. **Wie im Unterlauf, so im Oberlauf bei Warschau** ist die Weichsel aus den Ufern getreten. Die gefährlichste Stelle war der Damm bei der Ortschaft Siekierki unterhalb Warschaus. Dieser Damm wurde im vergangenen Jahre auf einer Strecke von 150 Metern durchbrochen, im Laufe des Jahres aber nicht wiederhergestellt. Erst während der diesjährigen Regengüsse dachte man seiner und begann mit fieberhafter Eile die Wiederherstellungsarbeiten. Indessen konnte der Damm, wie verlautet, dem reißenden Strom nicht standhalten. Das Wasser hat ihn von neuem durchbrochen und sich auf die Ortschaften Siekierki, Pelcowizny, Potok und Lomianek ergossen. Die Einwohner dieser Ortschaften sind geflüchtet. Menschenopfer sind bisher keine zu beklagen. In Warschau selbst steht die an der Kerbedzzia-Brücke, längs der Weichsel laufende Straße unter Wasser. Weitere Überschwemmungen in der Stadt wurden nicht gemeldet. Oberhalb Warschaus bis Mlocin stehen linkerhand zwei Dörfer, rechterhand ein Dorf unter Wasser. Die Strömung ist reißend. Am Nachmittag setzte starker Regen ein, der indessen nach zwei Stunden aufhörte. In der Stadt ist von der Feuerwehr eine Sammelaktion für die Überschwemmten organisiert worden.

Aus dem Gerichtssaale.

* **Posen** (Poznań), 3. Juli. Der Prozeß gegen den Studenten Bobiński, der den Studenten Łabiński im Duell tötete, hat gestern vor der 2. Strafkammer stattgefunden. Es wurde festgestellt, daß Łabiński, der den ersten Schuß hatte, in die Luft schoß, während Bobiński auf seinen Gegner zielte. Die Ursache des Duells war, daß sein Gegner dem Bobiński den Vorwurf gemacht hatte, daß er bezahlter Mitarbeiter des „Judenblattes“ „Głos Poznański“ gewesen sei. Das Gericht verurteilte Bobiński zu zwei Jahren, die Kartellträger Henryk Szczygielski und Mieczysław Karczewski zu je sechs Wochen Festung; das letztere Urteil bleibt acht Jahre unvollstreckt. Gegen Bobiński schwebt noch ein zweites Verfahren wegen eines Duells, das vor dem mit Łabiński, mit dem Studenten Mazurkiewicz stattfand und unblutig verlief.

Handels-Rundschau.

Ausschreibung zur Lieferung von Getreide, Grütze und Seife. Der 4. Intendanturbezirk in Lodz, Al. Kosciuski Nr. 4, erläßt eine Ausschreibung zur Lieferung von etwa 300 000 Kg. Roggen, 30 000 Kg. Gerste, 45 000 Kg. Buchweizengrütze, 30 000 Kg. Weizengrütze und 5000 Kg. Seife. Die Lieferungstermine beginnen mit dem 15. Juli. Der Zuschlag erfolgt in der Intendantur in Lodz, ul. Zachodnia 37, am 10. Juli, vormittags 10 Uhr. Dorthin sind auch Angebote zu richten. Nähere Informationen erteilt die Gewerbe- und Handelskammer zu Bromberg, Neuer Markt (Nowy Rynek) Nr. 8.

Rußlands Warenhunger hält trotz der immerhin erheblichen Zunahme der Produktion verschiedener heimischer Industriezweige noch sehr stark an. Am meisten mangelt es an Baumwollgeweben, Säcken, Sohlenleder, Papier, Zucker, Tee, Stärke, verschiedenen chemischen Erzeugnissen, Buntmetallen, Nähmaschinen, elektrotechnischen Artikeln, verzinktem und Sorteneisen, roten und feuerfesten Ziegeln, Fensterglas, geschnittenem Holz, Leim, Farben und Öl. In einzelnen Bezirken hat der chronische Mangel an Metall bereits den Charakter einer Krisis angenommen. Sowohl die verschiedenen zuständigen Sowjetbehörden, wie auch die russische Presse beschäftigen sich schon seit längerer Zeit mit Vorschlägen über Abhilfemaßnahmen, die im wesentlichen darauf hinauslaufen, daß die eigene Produktion verstärkt werden muß, sich aber auch der Einsicht nicht verschließen, daß eine Steigerung des Imports der vorerwähnten Waren notwendig ist. Soweit es möglich ist, will man sich allerdings auf die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten beschränken. Zum Zweck der Produktionssteigerung werden vorgeschlagen eine umfangreichere Kreditgewährung an die staatlichen Trusts, eine Verringerung der Kreditfristen, rechtzeitige Finanzierung der Ankäufe, der Übergang zur Arbeit in zwei und drei Schichten, die Inbetriebnahme stillgelegter Werke, die Ausnutzung der Produktionsfähigkeit der Fabriken überhaupt bis zur Maximalgrenze unter Anwendung des Pachtsystems, Heranbildung qualifizierter Industriearbeiter und Revision der Höchstpreispolitik für Rohstoffaufkäufe. Aus den schon oft angeführten Gründen bleibt dieses schöne Programm aber auf dem Papier stehen.

Geldmarkt.

Der Zloty am 4. Juli. Paris: Überweisung Warschau 412; London: Überweisung Warschau 25,35; Zürich: Überweisung Warschau 98,85.

Züricher Börse vom 4. Juli. (Amtlich.) Neuyork 5,15 1/2, London 25,05 1/2, Paris 24,15, Wien 72,50, Prag 15,28, Italien 18,72, Holland 206 1/2, Berlin 122,70.

Die Bank Polski zahlte heute für 1 Dollar, große Scheine 5,18, kleine Scheine 5,17, engl. Pfund Sterling 25,26, 100 franz. Franken 24,32, 100 Schweizer Franken 100,73.

Die Berliner, Danziger und Warschauer Devisenberichte sind heute ausgeblieben.

Aktienmarkt.

Kurse der Posener Börse vom 4. Juli. Bankaktien: Pozn. Bank Ziemian 1.—5. Em. (exkl. Kupon) 3,00. — Industrieaktien: H. Cegielski 1.—10. Em. (50 Zl.-Aktie) 17,50. Goplana 1.—3. Em. 6,15. Herzfeld-Viktorius 1.—3. Em. 4,25. Pendowski 1.—2. Em. 0,15. Piechcin, Fabr. Wapna i Cementu 1.—2. Em. 5,00. Pozn. Spółka Drzewna 1.—7. Em. 0,45. „Unja" (vorm. Ventzki) 1.—3. Em. (exkl. Kupon) 5,25. Wytwornia Chemiczna 1.—6. Em. 0,34. Tendenz: fester.

Holzmarkt.

Holzmarkt. Die am 2. Juli in Ostrowce bei Znin abgehaltene Holzversteigerung erzielte folgende Preise: Klobenholz 1 Meter 15, 1. Kl. Stangen à 4 Zl., 2. Kl. 2 Zl., Dachstöcke 100 Stück 18 Zl., 3 Strauchhaufen, à 2 Meter breit 23 Zl., Bauholz 20 Zl. der Festmeter.

Produktenmarkt.

Getreide. Warschau, 4. Juli. Im privaten Verkehr notiert für 100 Kg. franko Verladestation: Weizen 39—40, Roggen 35—36, Hafer 31—32, Brauereigerste 31—32, Weizenkleie 23—24, Roggenkleie 21—22, Leinkuchen 26—27, Rapskuchen 23—23,50; für 100 Kg. franko Warschau: Weizenmehl 50proz. 63, Roggenmehl 50proz. 59—60 Zl. Situation auf dem Getreidemarkt: mangelndes Angebot, Tendenz stark.

Getreide. Kattowitz, 4. Juli. Roggen 32,50—33,50, Hafer 31,50—32,75; franko Abnahmestation: Leinkuchen 28,50—29, Weizenkleie 20,25—20,60, Roggenkleie 20,50—21. Tendenz: ruhig.

Berliner Produktenbericht vom 4. Juli. Amtliche Produktennotierungen per 1000 Kg. in Mark ab Stationen. Weizen sächs. 270—275, Lieferung Juli 260, Tendenz behauptet, Roggen märk. 227—230, Lieferung Juli 218,50—218, behauptet, Winter- und Futtergerste 204—218, neue 202—207, ruhig, Hafer märk. 232—241, Lieferung Juli 195—195,75, fest, Mais still, Raps 340—360, still. Für 100 Kg.: Weizenmehl 33,50—36, ruhig, Roggenmehl 30,75 bis 32,50, fest, Weizenkleie 12,80, still, Roggenkleie 13,75, still, Viktoriaerbsen 26—31,50, kleine Speiseerbsen 25—26,50, Futtererbsen 21—24, Peluschken 22—24, Ackerbohnen 21—22, Wicken 24—26, blaue Lupinen 11,50—12,50, gelbe Lupinen 14—15,50, Rapskuchen 15,50 bis 15,60, Leinkuchen 22,20—22,80, Trockenschnitzel prompt 10,20—10,80, Kartoffelflocken 23—23,50.

Öle und Fette. Krakau, 4. Juli. Die Preise für technische Fette sind stark, Tendenz ruhig. Für Kolofonium Tendenz belebt, es wurden für 100 Kg. loko Verkaufsort 180 Zl. gezahlt, für inländischen Talg 27 Dollar, gewöhnlichen ausländischen 28; französisches Harz J. K. 13,75 Dollar, französisches W. W. 15,50, amerikanisches W. 13,75, reine Kokossäure hell 27, gemischt 26 Dollar. Speiseöl „Soya" 215 Zl., Rizinusöl 1a 250—265, medizinisches Rizinusöl 280—315, technisches Rizinusöl 240—245, italienisches Speiseöl 210.

Materialienmarkt.

Baumaterialien. Kattowitz, 4. Juli. Maschinenziegel, volle 35 Zl., Hohlziegel 40 Zl., Dachziegel in Stroh verpackt 80 Zl., Schamottsteine 150 Zl. Die Preise verstehen sich auf 1000 Stück loko Fabrik in Schmalspurwaggons.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 4. Juli in Krakau + 1,82 (3,50), Zawichost + 4,06 (3,23), Warschau + 3,80 (2,70), Plock + 1,60 (0,60), Thorn + 0,33 (0,16), Fordon + 0,30 (0,14), Culm + 0,23 (0,10), Graudenz + 0,24 (0,12), Kurzebrak + 0,60 (0,48), Montau — 0,05 (0,14), Pieckel — 0,11 (0,20), Dirschau — 0,42 (0,51), Einlage + 2,18 (2,32), Schiewenhorst + 2,48 (2,50) Meter. Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.

Unsere geehrten Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlichst auf dasselbe beziehen zu wollen.

Wann ist eine Haussuchung zulässig und rechtlich erlaubt?

In Zeiten, die nicht unter dem Kriegsrecht stehen und den Belagerungszustand nicht mehr kennen, ist es für die deutsche Minderheit in Polen von Wichtigkeit, zu erfahren, wie die oben gestellte Frage nach der Verfassung und der hier geltenden Strafordnung zu beantworten ist.

Zwei Artikel der **polnischen Verfassung vom 17. März 1921** kommen in Betracht: Artikel 97 bezüglich der **Durchsuchung der Person** und **Verhaftung**, Artikel 100 bezüglich der **Durchsuchung einer Wohnung** und der **Beschlagnahme** von Papieren und Gegenständen.

Der **Artikel 97** der Verfassung lautet in seinen ersten zwei Absätzen:

Beschränkungen der persönlichen Freiheit, zumal Durchsuchung der Person und Verhaftung, sind nur in den gesetzlich vorgesehenen Fällen und in der durch Gesetze bezeichneten Weise auf Anordnung der Gerichtsbehörden zulässig.

Sofern ein gerichtlicher **Auftrag** nicht sofort erlassen werden konnte, soll er spätestens binnen 48 Stunden unter Angabe der Gründe der Durchsuchung oder Verhaftung zugestellt werden.

Und im **Artikel 100** der Verfassung wird gesagt:

Die Wohnung des Staatsangehörigen ist unverletzlich. Die Verletzung dieses Rechts durch Betreten der Wohnung, durch Hausdurchsuchung und durch Beschlagnahme von Papieren oder Gegenständen darf — außer dem Falle der notwendigen Durchführung von Verwaltungsanordnungen, die sich auf eine ausdrückliche gesetzliche Ermächtigung stützen — nur kraft Auftrags der Gerichtsbehörden in der Form und in den Fällen erfolgen, die das Gesetz vorschreibt.

Die auf dem Gebiet der ehemals preußischen Wojewodschaften Posen und Pommerellen gültige Strafprozeßordnung bestimmt in den §§ 102—111 über die Durchsuchung was folgt:

Die §§ 102 und 103 der Strafprozeßordnung handeln von der Zulässigkeit von Haussuchungen. Sie lauten:

§ 102. Bei demjenigen, welcher als Täter oder Teilnehmer einer strafbaren Handlung oder als Begünstiger oder Hehler verdächtig ist, kann eine Durchsuchung der Wohnung und anderer Räume, sowie seiner Person und der ihm gehörigen Sachen, sowohl zum Zwecke seiner Ergreifung als auch dann vorgenommen werden, wenn zu vermuten ist, daß die Durchsuchung zur Auffindung von Beweismitteln führen werde.

§ 103. Bei anderen Personen sind Durchsuchungen nur behufs der Ergreifung des Beschuldigten oder behufs der Verfolgung der Spuren einer strafbaren Handlung oder behufs der Beschlagnahme bestimmter Gegenstände und nur dann zulässig, wenn Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß die gesuchte Person, Spur oder Sache sich in den zu durchsuchenden Räumen befinde.

Diese Beschränkung findet keine Anwendung auf Räume, in welchen der Beschuldigte ergriffen worden ist, oder welche er während der Verfolgung betreten hat, oder in welchen eine unter Polizeiaufsicht stehende Person wohnt oder sich aufhält.

Beschränkungen hinsichtlich der Zeit der Haussuchung behandelt der § 104:

§ 104. Zur Nachtzeit dürfen die Wohnungen, die Geschäftsräume und das befriedete Besitztum nur bei Verfolgung auf frischer Tat oder bei Gefahr im Verzuge oder dann durchsucht werden, wenn es sich um die Wiederergreifung eines entwichenen Gefangenen handelt.

Diese Beschränkung findet keine Anwendung auf Wohnungen von Personen, welche unter Poltzeiaufsicht stehen, sowie auf Räume, welche zur Nachtzeit jedermann zugänglich oder welche der Polizei als Herbergen oder Versammlungsorte bestrafter Personen, als Niederlagen von Sachen, welche mittels strafbarer Handlungen erlangt sind, oder als Schlupfwinkel des Glücksspiels oder gewerbsmäßiger Unzucht bekannt sind.

Die Nachtzeit umfaßt in dem eZitraume vom ersten April bis dreißigsten September die Stunden von neun Uhr abends bis vier Uhr morgens und in dem Zeitraume vom ersten Oktober bis einunddreißigsten März die Stunden von neun Uhr abends bis sechs Uhr morgens.

Ganz besonders wichtig aber sind die Bestimmungen der §§ 105 bis 111:

§ 105. (Abs. 1 und 2, die hier allein in Betracht kommen.) **Die Anordnung von Durchsuchungen steht dem Richter, bei Gefahr im Verzug auch der Staatsanwaltschaft und denjenigen Polizei- und Sicherheitsbeamten zu, welche als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft den Anordnungen derselben Folge zu leisten haben.**

Wenn eine Durchsuchung der Wohnung, der Geschäftsräume oder des befriedeten Besitztums ohne Beisein des Richters oder des Staatsanwalts stattfindet, so sind, wenn dies möglich, ein Gemeindebeamter oder zwei Mitglieder der Gemeinde, in deren Bezirk die Durchsuchung erfolgt, zuzuziehen. Die als Gemeindemitglieder zugezogenen Personen dürfen nicht Polizei- oder Sicherheitsbeamte sein.

§ 106. Der Inhaber der zu durchsuchenden Räume oder Gegenstände darf der Durchsuchung beiwohnen. Ist er abwesend, so ist, wenn dies möglich, sein Vertreter oder ein erwachsener Angehöriger, Hausgenosse oder Nachbar hinzuzuziehen.

Dem Inhaber oder der in dessen Abwesenheit zugezogenen Person ist in den Fällen des § 103 Abs. 1 der Zweck der Durchsuchung vor deren Beginn bekanntzumachen. Diese Vorschrift findet keine Anwendung auf die Inhaber der im § 104 Abs. 2 bezeichneten Räume.

§ 107. Dem von der Durchsuchung Betroffenen ist nach deren Beendigung auf Verlangen eine schriftliche Mitteilung zu machen, welche den Grund der Durchsuchung (§§ 102, 103) sowie im Falle des § 102 die strafbare Handlung bezeichnen muß. Auch ist demselben auf Verlangen ein Verzeichnis der in Verwahrung oder in Beschlag genommenen Gegenstände, falls aber nichts Verdächtiges gefunden wird, eine Bescheinigung hierüber zu geben.

§ 108. Werden bei Gelegenheit einer Durchsuchung Gegenstände gefunden, welche zwar in keiner Beziehung zu der Untersuchung stehen, aber auf die erfolgte Verübung einer anderen strafbaren Handlung hindeuten, so sind dieselben einstweilen in Beschlag zu nehmen. Der Staatsanwaltschaft ist hiervon Kenntnis zu geben.

§ 109. Die in Verwahrung oder in Beschlag genommenen Gegenstände sind genau zu verzeichnen und zur Verhütung von Verwechselungen durch amtliche Siegel oder in sonst geeigneter Weise kenntlich zu machen.

§ 110. Eine Durchsicht der Papiere des von der Durchsuchung Betroffenen **steht nur dem Richter zu.**

Andere Beamte sind zur Durchsicht der aufgefundenen Papiere nur dann befugt, wenn der Inhaber derselben die Durchsicht genehmigt. Andernfalls haben **sie die Papiere, deren Durchsicht sie für geboten erachten, in** einem Umschlage, welcher in Gegenwart des Inhabers mit dem Amtssiegel zu verschließen ist, an den Richter abzuliefern.

Dem Inhaber der Papiere oder dessen Vertreter ist die Beidrückung seines Siegels gestattet, auch ist er, falls demnächst die Entsiegelung und Durchsicht der Papiere angeordnet wird, wenn dies möglich, aufzufordern, derselben beizuwohnen.

Der Richter hat die zu einer strafbaren Handlung in Beziehung stehenden Papiere der Staatsanwaltschaft mitzuteilen.

§ 111. Gegenstände, welche durch die strafbare Handlung dem Verletzten entzogen wurden, sind, falls nicht Ansprüche Dritter entgegenstehen, nach Beendigung der Untersuchung und geeignetenfalls schon vorher von Amts wegen dem Verletzten zurückzugeben, ohne daß es eines Urteils hierüber bedarf.

Dem Beteiligten bleibt die Geltendmachung seiner Rechte im Zivilverfahren vorbehalten.

*

Bei früheren Haussuchungen wurde vielfach die klare Bestimmung des **§ 105 St. P. O.** nicht beachtet, **nach der ein Richter die Durchsuchungen anzuordnen hat.** Der Staatsanwaltschaft und ihren Hilfsbeamten steht dieses Recht ausschließlich **bei Gefahr im Verzuge** zu. Es ist auffallend, daß gerade in den Städten, wo der Richter leichter zu erreichen ist als auf dem Lande, der richterliche Befehl oft vermißt wurde, während man in den ländlichen Kreisen der Bestimmung des § 105 St. P. O., **die in Art. 100 der polnischen Verfassung noch weit strenger aufgenommen wird,** häufiger Genüge tat.

Ebenso wurde die eindeutige Bestimmung des **§ 105 St. P. O. Abs. 2** an vielen Orten nicht befolgt, nach der — wenn dies möglich ist — ein Gemeindebeamter oder zwei Mitglieder der Gemeinde, in deren Bezirk die Durchsuchung erfolgt, zugezogen werden sollen.

Die Vorschriften der Strafprozeßordnung und der Verfassung, die wir oben mitgeteilt haben, verdienen die genaue Kenntnis jedes einzelnen Bürgers.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 6. Juli.

Die Postverbindung Warschau—Bromberg.

Vor einiger Zeit wandte sich die hiesige Industrie- und Handelskammer an die Postdirektion mit der Frage, ob die Postverbindung auf der Strecke Warschau—Bromberg mit Inkrafttreten des neuen Fahrplans am 5. Juni tatsächlich, wie damals von den Blättern berichtet wurde, eine Verschlechterung erfahren habe. Hierauf hat die Postdirektion folgendes geantwortet:

„In Angelegenheit der Postverbindung Warschau—Bromberg teilen wir mit, daß die ab 5. Juni gültige neue Postverbindung insofern ungünstig ist, als Bahnbriefe, die in Warschau nach 8 Uhr abends aufgegeben werden, erst um 10 Uhr morgens nach Bromberg gelangen. Diese Verspätung beruht darauf, daß der Zug Nr. 413, in dem sich der Postwagen befindet, zu früh Warschau verläßt, das heißt bereits um 8 Uhr, und der nächste Zug Nr. 1401, der in Bromberg um 6.50 morgens eintrifft, keinen Postwagen führt. Mit diesem Zuge werden nur, begleitet vom Eisenbahnpersonal, in geschlossenen Säcken gewöhnliche Briefe, Einschreibebriefe und Zeitungen befördert. Dagegen dürfen Bahnbriefe, die nach den geltenden Vorschriften in Postwagen lose mitgeführt werden müssen, dem Eisenbahnpersonal nicht ausgehändigt werden.

Die nach 8 Uhr abends in Warschau aufgegebenen Bahnbriefe werden mit dem Postwagen des Zuges Warschau—Posen bis Inowrocław befördert, wo sie umgeladen werden und nach Bromberg erst um 10 Uhr morgens gelangen."

Wie aus obiger Aufklärung ersichtlich, ist die Postverbindung Warschau—Bromberg für alle Postsendungen mit Ausnahme der Bahnbriefe völlig ausreichend. Da eine Änderung der Postverbindung eigens der Bahnbriefe wegen vom wirtschaftlichen Standpunkt aus nicht zulässig ist, empfiehlt es sich, daß in Warschau die Absender eiliger Postsachen diese nach 8 Uhr abends als Eilbriefe aufgeben, die dann in Bromberg kurz nach 7 Uhr früh ausgehändigt werden können."

Das Bundessingen in Graudenz.

In stattlicher Anzahl trafen am Sonnabend im Laufe des Nachmittags die Sangesbrüder aus unserem Teilgebiet in der alten Weichselstadt Graudenz ein zur Teilnahme am zweiten Bundessingen der deutschen Männergesangvereine Posen-Pommerellen. Der Begrüßungsabend in dem bis auf das letzte Plätzchen dicht besetzten großen Saale nahm den erhofften, von Festesfreude beschwingten und erhebenden Verlauf, belebt durch mehrere Ansprachen und vor allem durch einen stattlichen Reigen schön gelungener Chorvorträge einzelner Vereine. Nach Mitternacht folgte dem offiziellen Teil noch ein zwanglos-gemütlicher. — Das Festkonzert am Sonntag nachmittag im Tivoli-Garten hatte in bezug auf den Besuch leider unter einer sehr ungnädigen Laune des Wetterhimmels zu leiden, da zwei Stunden vor dem angesetzten Beginn ein Platzregen niederging, der den Garten mit einer Anzahl von kleinen Teichen versorgte. Trotzdem fanden sich, nachdem sich die Wasser verlaufen hatten, noch recht zahlreiche Besucher ein. Sie konnten sich erfreuen an der eindrucksvollen Wiedergabe der gut gewählten Massenchöre der rund dreihundert Sänger, und den Liedergaben der einzelnen Bundesvereine. Im Anschluß an das Festkonzert folgte ein gemütliches Beisammensein, und in dem Saale konnte die zahlreich vertretene junge Welt von ihrem Tanzrecht in vollstem Maße Gebrauch machen. eine eingehende Schilderung des harmonisch verlaufenen erhebenden Bundessingens werden wir morgen bringen.

§ **Die Interessengemeinschaft alter Ansiedler** bittet uns, folgendes mitzuteilen: Die Option der nächsten Angehörigen hat viele deutsche Familien, besonders aber Bauernfamilien in Not und Verlegenheit gebracht. Vielfach haben Söhne und Töchter optiert und müssen jetzt das Land verlassen in einem Zeitpunkt, wo die Ernte vor die Tür steht. Die zurückbleibenden Eltern können die Arbeit nicht schaffen und suchen zuverlässige Hilfe. Hier muß schnell gehandelt werden, um die Ernteeinbringung nicht zu gefährden. Wir bitten deshalb um Mitteilung von Adressen von jungen Leuten (polnischer Staatsangehörigkeit), die gewillt sind, in die entstandenen Lücken aushelfend einzuspringen. In jedem Einzelfall kann ja die gegenseitige Vereinbarung mündlich oder schriftlich durch unsere Vermittelung getroffen werden. Wir bitten, die Zuschriften zu richten an das Bureau des Sejmabgeordneten Herrn Domherrn Klinke, Poznań, Waly Leszczyńskiego Nr. 2 (fr. Kaiserring).

§ **Vom Bezirkskommando.** Um Bestechungen zu unterbinden, gibt das hiesige Bezirkskommando (P. K. U.) bekannt, daß alle Aufklärungen hinsichtlich der Musterungen oder sonstiger in den Bereich der P. K. U. fallenden Amtshandlungen der Kommandant persönlich erteilt, während, wie es nicht selten geschieht, auf dem Wege der Vermittelung oder sonstigen Umwegen nichts erreicht werden kann. **Jede Bitte um Aufklärung kann auch schriftlich eingereicht werden,** sobald der Petent verhindert ist, persönlich **zu** erscheinen. Mündliche Auskunft wird bei Nichtanwesenheit der betreffenden Person nur an die nächsten Angehörigen, wie Eltern, Geschwister und Ehefrauen erteilt und auch erst dann, wenn diese sich als solche legitimiert haben. Empfangszeit ist bei dem Kommandanten der P. K. U. außer an Sonn- und Feiertagen von 11 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, an Sonnabenden von 10 bis 12 Uhr mittags.

§ **Scharfschießen.** Am Dienstag, 7. d. M., findet in der Zeit von 8—12 Uhr vormittags auf dem Jagdschützer Exerzierplatz ein Scharfschießen statt. Die Bewohner von Jagdschütz und Umgegend werden daher zur Vorsicht gemahnt.

§ **Neue Autobusverbindungen.** In diesen Tagen sind zwei neue Autobuslinien in Betrieb genommen worden, und zwar von Bromberg nach Bartschin über Labischin und nach Exin über Schubin. Die einfache Fahrt kostet für beide Linien 3,50 zł.

§ **Vom Hochwasser.** Der Weichselwasserstand wird uns von der hiesigen Wasserbauinspektion wie folgt angegeben: Krakau gestern 7 Uhr morgens + 5,08, abends + 4,08; Zawichost gestern 7 Uhr morgens + 4,00, Warschau + 4,55, um 9 Uhr morgens + 4,58, für die Nacht zum heutigen Montag wurde in Warschau Hochwasser erwartet. In Plock Wasserstand gestern früh um 7 Uhr + 2,65, in Thorn gestern 7 Uhr abends + 1,87, um 9 Uhr + 2,05, um 11 Uhr + 2,30, Montag morgen wahrscheinlich + 3,60, morgen + 5,10. Hochwasser in Thorn wird für morgen erwartet. In Brahemünde wird das Wasser in der Nacht zum Mittwoch wahrscheinlich auf + 5,20 steigen **und es wird somit** Hochwasser eintreten.

§ **Wo bleiben die billigen Zigaretten.** Wie uns von Tabakhändlern mitgeteilt wird, sind seit einiger Zeit die billigen Zigarettenmarken wie „Aromatika" (1,6 gr), „Caporal" (2 gr) und „Płaskie" (3 gr) bei den Monopolfabriken nicht mehr zu haben. Es wäre zu begrüßen, wenn die Öffentlichkeit über die Gründe dieses Fehlens bald aufgeklärt würde.

§ **Leichtsinn eines Fuhrkutschers.** Am Sonnabend nachmittag ließ ein Lastwagenkutscher in der Danzigerstraße (Gdańska) oberhalb der Moltkestraße (Cieszkowskiego) Pferd und Wagen ohne Aufsicht stehen und half selbst beim Abladen von Waren. Vor einer herannahenden Straßenbahn scheuten die Pferde, drehten die Deichsel des Wagens zur Seite, und nur dem schnellen Halten des Straßenbahnführers ist es zu verdanken, daß der Straßenbahnwagen nicht auf die Deichsel des Wagens fuhr, wodurch leicht größeres Unglück hätte entstehen können. Die Pferde rasten nun mit dem Lastwagen ein Stück die Straße entlang, bis ein Soldat ihnen in die Zügel fiel und sie zum Stehen brachte. — An derartigen Vorfällen trägt die Schuld einzig und allein der Kutscher, der Pferd und Wagen nicht ohne Aufsicht stehen lassen darf. Wenn auch am Sonnabend der Kutscher mit dem Schreck davongekommen ist, so mag der Fall doch erneut als Warnung dienen.

§ **Festgenommen** wurden in der Zeit von Sonnabend bis heute insgesamt 13 Personen, davon sechs Betrunkene und ein Obdachloser, der im Regierungsgarten schlafend aufgefunden wurde.

§ **Einbruchsdiebstahl.** Vorgestern drangen Einbrecher in die Wohnung des Dentisten Josef Goźmierski, Friedrichstraße (ul. Długa) 41. Sie entwendeten dort Sachen im Werte von 600 Złoty. Die Täter konnten bereits ermittelt und festgenommen werden.

Vereine, Veranstaltungen 2c.

Bromberg Ost. Übungsstunde am Mittwoch, den 8. d. M. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erbeten. Der Vorstand. (5490

Deutsche Bühne Bydgoszcz, T. z. In dem morgen als Abschiedsbenefiz für **Kurt Hasenwinkel** in Szene gehenden neuen Schwank „Der Glückspilz" wirkt neben dem Benefizianten, der auch die Regie nach dem Muster der Berliner Aufführung führt, ein großer Teil des Schauspielpersonals mit, wovon als Darsteller der wichtigsten und originellsten Typen der vielfach köstlich karikierten Schwankhandlung nur genannt seien: Banicki, Erna Becker, Adalbert Behnke, Bugaj, Charlotte Damaschke, Adolf Koenig, Karl Kretschmer, Maladinsky, Dr. Titze, Erich Uthke, Ada Willmes und Kurt von Zawadzky.

Deutsche Bühne. Es ist der Wunsch laut geworden, den Sommer doch nicht ganz ohne theatralische Veranstaltungen vorübergehen zu lassen. Da aber eigene Einstudierungen für eine geringe Zahl von Wiederholungen sich nicht bezahlt machen, so soll der Versuch mit gelegentlichen Gastspielen des Danziger Stadttheater-Ensembles gemacht werden, wenigstens im Juli, solange die Danziger Spielzeit noch im Gange ist. Das erste Gastspiel ist auf Sonnabend dieser Woche angesetzt und bringt zum ersten Male eine Komödie Karl Sternheims, des bekannten Satirikers, nämlich „Bürger Schippel", nach Bromberg. Eine literarisch bemerkenswerte, dabei aber vergnügliche Sache!

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 105.

Nach Gottes Ratschluß verschied heute abend 10¼ Uhr nach langem, schwerem, mit Geduld ertragenen Leiden mein lieber Mann, unser teurer Vater, lieber Bruder, Schwager, Onkel und Schwiegervater, der

Besitzer

August Manthei

im Alter von 59 Jahren 9 Monaten.

Im tiefsten Schmerze 5469

Im Namen aller Hinterbliebenen

Emma Manthei geb. Lüneberg **und Kinder.**

Zielonczyn, den 2. Juli 1925.

Die Beerdigung findet Montag, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

7.—12. Juli verreist Dr. Staemmler.

Gründlicher 5303

Klavier-Unterricht

f. Anfäng. u. Fortgeschr. **Pomorska 20, 2 Tr., r.**

Klein-Herchen

1jähr. Mädchen, sehr hübsch, gut. Abstamm., nur in gute Familie als eigen abzugeben. **Kinderklinik Plac Kościelecki, Bydg.** 5425

Nähe Damen- und Kindersachen,

Knaben-Anzüge und Wäsche zu ermäßigt. Preisen. 5297

Leszczyńskiego 8. I.

Stenographieren

n. d. Syst. Stolze-Schrey lehrt in kurz. Zeit 5296

Poznańska 33, 1 Tr.

Dunkl. Wolfshund

entlauf. Gegen Belohnung abzugeben. 5487

H. Wiese, Pomorska 42.

Ferienkinder über Poznań

Am Dienstag, den 7. Juli, vorm. 9½ Uhr, hier auf dem Bahnhofe sein! 8314

Deutscher Frauenbund.

Wilh. Matern

Dentist 7798

Sprechstunden v. 9–1 u. 3–6 Uhr

Bydgoszcz, Gdańska 21.

Singer Bücherrevisor Bydgoszcz, Kordeckiego 16.

OKOLE

H. MATERN

Dentist 7799

Sprechstunden 9–1, 3–6 Uhr

Okole, Grunwaldzka 104

im Hause des Kaiser-Kaffee-Geschäfts.

Anfertigung eleg. Lampenschirme

für Klub-, Speise- und Damen-Zimmer, sowie

Seidenampeln

= in modernen, geschmackvollen Formen. =

Erstklassige Ausführung.

W. Warczinski, Śniadeckich 6, II, l. **(Elisabethstr.)** 5126

Norweger Tran

unvermischt, garant. rein empfehlen sehr preiswert 7904

Ferd. Ziegler & Co.

Behördlich konzessionierte

Handels-Kurse

Unterricht in Buchführung, Maschineschreiben, Stenographie, Korrespond., Wechsellehre usw.

Anmeldungen nimmt entgegen 7363

G. Barreau, Bücher-Revisor, Jagiellońska 14. Telefon 1259.

Holzkohle

Grobkohle Kleinkohle

liefert in **Waggonladungen** u. **Säcken**

Pomorska Destylacja Drzewa Czersk (Pomorze). 8286

Elnz. Holzverkohlungs-Industrie Westpolens.

Oeffentl. Ankauf.

In einer Streitsache kaufe ich vom Mindestfordernd. auf fremde Rechnung am **Donnerstag, d. 9. d. Mts, um 12 Uhr mittags,** i. mein. Büro ul. Dworcowa 95 **15 Tons 117/18 Pfd. Roggen** zur sof. Lieferung. 8316

W. Junk,

zaprzysiężony senzal-handlowy przy izbie przemysłowo-handl. w Bydgoszczy.

Tilsiter Vollfett-Käse, versendet in Postkoli, à Pfd. zł 1.20 per Nachnahme. **Mleczarnia Wielki Wełcz,** powiat **Grudziądz, Pom.** 8300

Stühle zum Ausflechten nimmt an **Braun, Dworcowa 6, Hof, r.** 5337

Heirat

Jung., selbständ. Kaufmann mit Vermögen u. gut. Einkomm., 28 J. alt, dunkelblond, mittelgr., wünscht d. **Bekanntschaft** mit einer **intelligenten, mittelgroßen Dame,** die auch etwas Vermög. besitzt, i. Alt. bis z. 25 Jahr., **zwecks bald. Heirat** zu machen. Diskretion Ehrensache. Gefl. Angebote mit Bild unter **R. 5465 a. d. Gschst. d. Z.**

Allen denen, die aus Anlaß unserer Verheiratung unserer in so freundlicher Weise gedacht haben, sprechen wir auf diesem Wege unseren **herzlichsten Dank** aus und rufen ihnen ein 5481

Lebewohl

zu.

Robert Holtzmann Major a. D. u. **Frau Margarete** geb. **Anstatt.**

Ankerwickelei und Motor-Reparaturwerkstatt.

Neuwickeln und Umwickeln von Dynamomaschinen und Elektromotoren unter Garantie in kürzester Zeit bei billigster Berechnung.

Gleichstrom- und Drehstrom-Motoren sowie Installations-Material

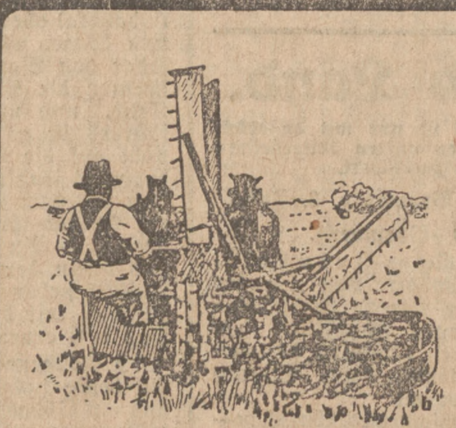
ab Lager lieferbar. 7854

Ausführung elektr. Licht- und Kraftanlagen.

Wilh. Buchholz, Ingenieur

Bydgoszcz, Gdańska 150 a

Telephon 405. — Gegründet 1907. — Telephon 405.



Original amerikanische

Getreidemäher Massey-Harris

in neuester Ausführung.

Związkowa Centrala Maszyn

Tow. Akc.

Poznań, ul. Wjazdowa 9. 7732

Geldmarkt

3-10 000 zł

geg. hypothek. Sicherheit, nach Dollarwährg. und Gewinnanteil ges. Näheres d. **Grundtke, Bydg.,** Pomorska 43.

An- u. Verkäufe

Industriegut

im südöstl. Pommerell., ca. 950 Morgen groß, größtenteils Mittelboden, ca. 50 Morgen Wiesen, mit guten Gebäuden, ausreichendem und in gutem Zustande befindlichen lebend. u. totem Inventar zu verkaufen oder gegen gleichwertiges Gut nach Deutschland zu vertauschen gesucht. Zum Gute gehört Kalksandsteinfabrik, Brennerei sowie 2 Mietshäuser. Preis 175 000 zł. Hohe Anzahlung mögl. Auszahlg. erwünscht. Gefl. Offerten unt. **G. 8313** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Achtung Optanten!

Poln. Staatsb., evgl., kapitalkräft., sucht Geschäft, Unternehm. oder Landwirtsch. zu kauf. Reelle Ang. m. genau. Beschreib. u. Preisford. u. **P. 5464** an die Geschäftsst. d. Ztg. erbet.

Nach Deutschland! Tauschobjekt!

Ein **Wassermühlengrundstück,** 30 Morg. Land, sämtl. Inventar, zu vertauschen oder für 19000 Mark zu verkaufen. Mühlenbesitzer **K. Mischewski, Schönau b. Muschaken, Kr. Neidenburg,** Ostpreußen. 8308

---

2 schwere Anhänger

mit eis. Rungen, auch als schwere **Lastwag.** verwendbar, m. selten starken Rädern, zirka 3½ Zoll Achsschenkel, Reifen ca. 5×7/8 Zoll, günstig zu verkaufen.

Ingenieur-Büro Willy Krause, Ossolińskich Nr. 9. Telefon 274. 8299

Grundstück

ca. 300 qm, mit mass. Schuppen, Kontor u. Telephon, in bester Geschäftslage, zu jedem Geschäft passend, billig zu verkf. Off. unter **K. 5219** an die Gschst. d. Ztg.

Wassermühle

80 Morgen Land m. 10 Morg. gut bestand. Wald, erstkl. Einrichtung, groß. Wasserkraft, Franzes Turbine, 26 P. S., 2 Mahlg., 1 Walzenstuhl, 2 Zentrifugalsichtmasch., kompl. Reinigung, Quetschstuhl, Mehlmischmaschine, 3 t Leistung, elektr. Licht u. Kraft, Gebäude neu, Wohnhaus, 8 Zimm., gut kompl., totes und lebend. Inventar, Preis 70 000 Mk., Anzahlg. 25 000 Mk. (Anfragen Rückporto) z. verk. durch

H. Lehmann & Co.,

Königsberg i. Pr., Klapperwiese Nr. 7, l. Telefon 7526. 8277

Ich beabsichtige meine

Gastwirtschaft

in Bischöfl. Papau, Kreis Thorn mit 3 Morg. Land, totem u. lebenden Inventar zu verk. oder gegen Aehnliches in Deutschland

zu tauschen.

Bernh. Reile, Biskupie Papowo p. Wrocławki, pow. Toruń. 8154

Grundstück

mit **2 Hofgebäuden** und groß. Obstgarten fortzugshalb. sofort zu verkaufen. **Kriks,** 5396 **Szubin, Winnicza 31**

Für Optanten! Grundstück

mittl. Stadt Grenzmark 3 Zimmer, Stallung, ½ Morg. Gart., Wohn. sof. freiwerd., für ca. 5000 Mk. z. verk. Anfr. O.-P.-Schaffn. **Engler Meseritz.** 8213

Tausch od. Verkauf! 2stöck. Tischlereigrdst.

(erbaut 1907) nebst gr. **Obstgarten.** Meldg. u. **L. 8199** an die **Gazeta Nowska, Nowe** (Pomorze) erbeten. 8199

Achtung abwandernde Optanten!

Kaufen zwei junge, gute

Milch-Kühe

Gefl. Angebote

Jewelowski-Werke Osie. 8218

Tesching

Kl. 6 mm, zu verk. Zu erfr. in d. Gst. d. Z. 5479

Gute neue

Pianos 7916

1500 zł,

Weltmarken Flügel

4000 zł,

Harmoniums

von 400 zł an

empfiehlt in groß. Auswahl, mit Garantie, auf Abzahlung bis zu 12 Monaten.

Alte Instrumente werden in Zahlg. genommen.

B. Sommerfeld

Pianofortefabrik u. Großhandlung

Bydgoszcz, nur ul. Sniadeckich 56.

Tel. 883.

Filialen:

Grudziądz, ul. Groblowa 4. Tel. 229.

Gniezno, ulica Tumska 3. Tel. 303.

„Mix-Seife“ ist die beste und billigste Waschseife.

„Mixin“ ist das beste und billigste Seifenpulver.

Echte Schweizer

Seidengaze x x

kenntlich durch 3 rote Streifen in den Kanten

Drahtgaze aus Phosphorbronze, Messing etc.

Mühlenpicken :: Messerpicken

Elevatorgurte, Becher, Schrauben

Gummihämmer usw.

empfehlen

Ferd. Ziegler & Co.,

Dworcowa 95. 7915

Halbjährige

Zuchteber und Zuchtsauen

des großen weißen Edelschweines aus Herdbuchabstammung, hat jederzeit abzugeben 7289

Zollenkopf, Milewo

bei Twarda góra (Swiece). Telefon Nowe 35.

Ein gut erhaltenes

alt. Harmonium

zu kaufen gesucht. Off. mit Preisangabe an **C. Büchner, Swiecie n/W.,** Mickiewicza 1. 8288

Gut erhaltenes

Klavier

(Flügel) zu verkaufen. **Dr. Düsterhoff, Mogilno.** 8302

(Auf Teilzahlg.!)

Ein Schlafzimmer (Eiche), **ein Büfett** u. **eine Standuhr** billig zu verkaufen **ulica Sowińskiego 2.** 5478

Schlafzimmer

in Eiche und **Damenzimmer** in Mahag., allermod. Ausführung, verk. preisw. 7852 auch auf Teilzahlung

Tischlerei Jackowskiego 33.

Schlafzim., Spinde, Bettgestelle und Küche verkauft 5484

Długosza Nr. 8.

---

1 Schlaf- u. 1 Wohnzimmer an 1 od. 2 bessere Herren z. 15. 7. oder 1. 8. zu vermieten. **Gdańska 31/32, III, lks.** 5485

---

1 einf. Büfett
1 Gaslampe
1 gr. Bild u. and. m. günstig zu verkaufen. **Gdańska 116a,** I. 5471

Tonbank 35 zł, **Kleiderspd.** 35 zł, **Sportwg.** 25 zł, **Stühle** 5 zł, **Kommode** 15 zł, **Tisch** 6 zł, **Nähmasch.** 65 zł, **Handwg.** 35 zł, **Spiegel, Schreibt. Bettgestelle, Waschtisch, Grammophon, dreiteil. Kleiderschrank, Fahrrad** verk.

Okole, Jasna 9, Hth., ptr. 5476

---

1 Waschtisch 5480
1 Spiegel
1 Gaskocher
1 Petr.-Tischlampe
2 Bilder (Landschft.)
1 Oleander
1 Zimmerlinde
zu verkauf. **Szretery,** Promenada 10, II l.

Zu verkauf. ein kompl.

Klempner-Werkzeug

sowie **Bärtelmaschine**

H. Hoffmann, 5430 Koronowo, ulica Sienkiewicza 9.

Klempnerei-Maschin.

sind wegen Fortzuges **billig zu verkaufen.** Dortselbst kann sich auch ein Klempner u. Dachdecker niederlassen, da ohne Konkurenz. Anfrag. erb. an **A. Gertig, Barcin,** Markt. 5470

Gebr. **Getreidemäher (Deering)** verkauft **Schmidt, Lisiogon** bei **Łochowo.** Fernruf **Strelewo 6.** 5472

Motorrad

neu, Sarolea für Beiwagen eingerichtet billig zu verkaufen.

Waldemar Mühlstein

Gdańska 150 — Tel. 1355 8275

B. Sommerfeld

Pianofortefabrik

Verkaufslokal in Bydgoszcz

nur ul. Sniadeckich 56

an der ul. Gdańska 5328

Jedes Quantum

Milch

kaufen 8163

W. Kock & Söhne,

Bydgoszcz, Gdańska 56. Telefon 410.

Fruchtsaftpresse 8280

mit Mühle, in **Poznań** lagernd, **preiswert zu verkaufen.** Offert. u. **F. 25** an **Rudolf Mosse, Poznań, Wroniecka 12, p.**

Wegen Verkleinerung des Betriebes verkaufe ich billig einen

Dampfkessel 1909 gebaut, 10,7 qm Heizfläche,

Dampfmaschine 10 P. S., große **Alfa**

Zentrifuge 1400 Liter,

Vorwärmer,

Schrotmühle u. a. m. im ganzen od. einzeln, od. tausche auch m. kl. **Dampfspar-Motor u. kl. Zentrifuge Alfa** oder Balance. Sehr günstig. Angeb. Anfr. zu richten an 8293 **Stadie, Molkerei, Konarzynki, powiat** Chojnice, Pomorze.

Schönes eisernes Turngerät (Reck)

verkauft der Besitzer **Plac Piastowski 10, I l.**

Eisenfenster

gebraucht, jedoch gut erhalten, zu kaufen gesucht. Angebote mit Größen und Preisangabe an **Rittergut Falmierowo,** pow. Wyrzysk, Stat. Osiek.

Pachtungen

Geb. Landwirt

fr. Gutsbesitzer, evgl., deutsch, poln. Staatsbürg., polnisch in Wort und Schrift, sucht

Pachtung od. Kauf

eines **Gutes** od. **Vorwerks** m. gut. Boden, nicht unter 500 Morg. Offert. erb. u. **O. 5462** an die Geschst. d. Ztg.

Ein Garten

7 Morgen groß, mit Winteräpfel. u. Pflaum. gut besetzt, zu verpacht. **Traue, Koselitz (Kocielic)** bei **Wluki,** Kr. Swiecie. 5427

Wohnungen

Wohnungen in Schneidemühl.

Massive Ein- und Zweifamilienhäuser,

die 1. August beziehbar.

Untergeschoß: 3 Zimmer, Küche und Stallgebäude.
Obergeschoß: 1–2 Zimmer, Küche und Kammern'
gute Keller mit Waschküche, ca. 1000 qm Gartenland,

Anzahlung in Raten: 7660

Mark 5—6000

Rest langjährige Hypotheken, zum Teil zu 2% jährl.

Baugeschäft Scharf, Schneidemühl,

Küddowstraße 32—34. Telefon Nr. 140.

1-2 Zim.-Wohn. m. K.

f. 2 Pers. z. miet. ges. Off. u. **A. 5404** a. Gschst. erb.

Lagerraum trocken, v. sof. od. 1 VIII. gesucht. Angabe der Größe und der Miete erbet. unter **J. 5375** a. d. Gst. d. Z.

Räume mit versch. Bonbon-Herstellungsappar. (Handbetr.) sow. Konditorofen u. einige Utensilien z. verkauf. Erforderl. 2000 zł. Anfr. u. **K. 5376** a. d. Gschst. d. Z.

Möbl. Zimmer

Möbl. Zimmer

sofort zu verm. 5407

Dr. Em. Warmińskiego 3, l.

Möbl. Zimmer

von sofort zu vermiet. Okole, Chełmińska 23, I l.

Möbl. Zim. sof. zu verm. **Cieszkowskiego** (Moltkestr.) **11, I, l.** 5474

Wohn- u. Schlafzim. sofort an Herrn z. vrm. **Zduny 17.** 5477

Pensionen

Für die Sommerferien

finden **junge Damen** angenehmen Aufenth. in einer Landmolkerei. Gefl. Off. unt. **U. 8244** an die Gschst. dies. Ztg.

Guter Privat-Mittagstisch

Warmińskiego 3, I. 4253

1-2 evgl. Schüler resp. Schülerinnen nehme v. 1. 9. in **Pension.** Offert. unter **H. 5295 a. d. Geschäftsst. d. Z.**